Morgenausg.

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 160 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 192. Donnerstag, den 18. August 1921. 28. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 18. September, abends 6 Uhr

nach Görlitz (Stadthalle) ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Referent: Franz Krüger.
   b) Organisation und Kasse. Referent: Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Gustav Hoch.
4. Die Wirkung des Versailler Vertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands. Referent: Hermann Müller.
5. Das Parteiprogramm. Referent: Hermann Molkenbuhr.
6. Anträge.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahlen der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteiorganisationen müssen spätestens am 20. August im Besitze des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Die an den Parteivorstand einzureichenden Anträge sind, jeder für sich, auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf beschrieben werden.

Am 17. September, vormittags 10 Uhr, findet in Görlitz (Stadthalle) eine

Reichsfrauenkonferenz

statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Die Arbeit der Frau in der Gemeinde:
   a) wirtschaftlich (Gen. Wutzky);
   b) sozial (Fr. Dr. Schöfer);
   c) Vereinsarbeit (Hedwig Wachenheim).
2. Bericht über den Stand der Frauenbewegung. Referentin: Marie Juchacz.

Zur Teilnahme berechtigt sind aus jedem Bezirk 1 bis 2 Delegierte, die weiblichen Delegierten zum Parteitag und die weiblichen Mitglieder des Reichstags. Sofern männliche Genossen von ihrer Bezirksleitung mit Mandat versehen werden, sind sie zur Teilnahme an der Reichsfrauenkonferenz berechtigt.

Die Bezirksleitungen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe möglichst bis zum 25. August mitzuteilen, damit ihnen das Mandat, die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugestellt werden können.

*

Wegen Wohnungsbeschaffung wenden sich die Delegierten möglichst sofort nach ihrer Wahl, spätestens jedoch bis 31. August, nur an den Vorsitzenden der Wohnungskommission, Adresse: Gotthold Lißke, Görlitz, Luisenstraße 8.

In allen anderen örtlichen Parteitagsangelegenheiten an den Vorsitzenden des Hauptausschusses, Adresse: Redakteur Wilh. Baumgart, Görlitz, Luisenstraße 8.

Berlin, den 25. Juni 1921.

Der Parteivorstand.

Der Reichskanzler über Oberschlesien.

Der Reichskanzler empfing einen Vertreter der „Vossischen Zeitung" und machte ihm zur oberschlesischen Frage folgende Mitteilungen:

Sie fragen mich, **welchen Standpunkt die Reichsregierung zu der neuesten Wendung in der oberschlesischen Frage einnimmt?** Ich will zunächst die tatsächliche Feststellung machen: aus dem vom französischen Ministerpräsidenten unserm Geschäftsführer in Paris überreichten Schreiben erfuhren wir lediglich, daß der Oberste Rat die Grenzfestsetzung in Oberschlesien vertagt hat. Ueber die Befragung des Völkerbundsrates **hat man uns keine Mitteilung gemacht, so daß ich mir in diesem Punkte Zurückhaltung auferlegen muß,** bis sich Klarheit über verschiedene rechtliche und tatsächliche Fragen ergeben hat, die aus der Beziehung der neuen, wenn auch vielleicht nur beratenden Instanz erwachsen können. Rückhaltlos kann ich mich dagegen über die oberschlesische Frage an sich und über die Stellung der Reichsregierung dazu auch in dieser neuesten Phase äußern. Die oberschlesische Bevölkerung und das ganze deutsche Volk haben die Entscheidung des Obersten Rates zwar nicht klopfenden Herzens aber mit Zuversicht erwartet. Wir hatten das Gefühl, daß der **unanfechtbare Rechtsstandpunkt,** auf den sich unser Anspruch auf Oberschlesien gründet, nicht ohne Eindruck in der Welt bleiben konnte. Wir durften hoffen, **daß die historische wirtschaftliche und kulturelle Legitimation Deutschlands auf Oberschlesien** anerkannt werden wird, welche die Zuteilung Oberschlesiens an das deutsche Reich zur Notwendigkeit macht. Es handelt sich bei der Entscheidung um Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Sonderinteressen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in erster Linie der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine solche Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll. Leider wurde die Entscheidung erneut vertagt und die oberschlesische Frage, **die seit über 1½ Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt im Atem hält,** bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens. In den Schreiben, in dem der Oberste Rat mitteilt, daß die Entscheidung vertagt sei, wird versichert, daß der Aufschub möglichst kurz sei werde. Ich erblicke darin ein stilles Eingeständnis, daß man sich an Oberschlesien auf das schwerste versündigt, wenn man es noch lange in dieser schwebenden Pein läßt, und wenn man dem unglücklichen Lande noch nicht sein Recht gibt.

Der Reichskanzler führte weiter aus: Wir schließen uns der **Mahnung an die Oberschlesier,** die Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, voll an und brauchen uns in dieser Beziehung weder etwas vorwerfen, noch uns zur Initiative treiben lassen. Auch die Bevölkerung im übrigen Deutschland folgt verständnisvoll und diszipliniert der Parole, die wir ausgegeben haben: **durch keinerlei gewaltsame Handlung das klare Recht zu trüben,** auf dem wir diesen geistespolitischen Kampf bisher führten. Wir haben von allem Anfang darauf aufmerksam gemacht, daß die oberschlesische Frage keine rein deutsche Angelegenheit sei, in der leichtherzig gegen die Besiegten unter dem Motto: „Vae victis" (Wehe den Besiegten!) entschieden werden kann. Wir haben darauf hingewiesen, daß es eine europäische Frage ist, denn es könnte sich an Oberschlesien ein neuer Brand entzünden, wenn Gewalt über das Recht der Selbstbestimmung der Bevölkerung triumphieren würde.

Jetzt hat man von Europa an die Welt, an die Gesamtheit der Nationen appelliert: das Weltgewissen und der Weltfrieden könnten eine ungerechte Lösung in der oberschlesischen Frage nicht vertragen. Wenn diese beiden Begriffe einen Wert haben, wenn sie keine Scheinwerte sind, deren sich lediglich die Propaganda bedient, dann brauchen wir auch heute nicht zu verzagen. Der Streitgegenstand, den Oberschlesien darstellt, ist nicht als irgendeine Grenzfrage, sondern **als Schicksal dieses Landes zu behandeln** und ist mit dem Weltfrieden und von jetzt ab auch mit dem Ansehen des Völkerbundes — wie man auch über sein bisheriges Wirken denken mag — aufs innigste verknüpft. Seine Prinzipien, die von der gesamten Kulturwelt anerkannt werden, beruhen auf der Ueberzeugung: der Frieden ist besser als der Krieg und man muß ihn mit allen Mitteln erstreben in der Erkenntnis, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten ist und kein Volk gezwungen werden darf, unter anderen als den selbstgewählten und unter anderen als den eigenen Gesetzen zu leben. Zu dem Grundsatz, daß man Völker nicht wie Steine auf dem Schachbrett hin und her schieben dürfe, bekennen sich alle Nationen. Bei diesem Prinzip des Völkerbundes muß Oberschlesien **deutsch bleiben; denn die Bevölkerung will es,** wie die Abstimmung bewiesen hat. Nur wenn so das Selbstbestimmungsrecht sinngemäß und in vernünftiger Auslegung geachtet wird, läßt sich eine friedliche Lösung der nationalen Gegensätze an den sehr schwierigen deutschen Ostgrenzen erhoffen, andernfalls würden **neue Verwirrungen unabwendbar sein.** Die Entscheidung über Oberschlesien kann nicht anders ausfallen als im deutschen Sinne.

Vor der Uebergabe des „Burgenlandes".

Burgenland nennt man den deutschen Teil Westungarns, der nach dem Frieden zu Trianon nunmehr an Deutschösterreich fällt. Die bekanntesten Orte dieses Gebiets heißen: Oedenburg, Eisenburg, Wieselburg, daneben gibt es noch eine Anzahl kleinerer Orte, die auf Burg enden. Daher der Name „Burgenland". Es ist seit 1500 Jahren deutsches Siedlungsgebiet und muß unzweifelhaft zu Deutschösterreich geschlagen werden. Am 26. August tritt Ungarn das Land ab und am 27. August wird es von Oesterreich feierlich übernommen werden; falls nichts dazwischen kommt. Man hat Grund, einen Putsch der ungarischen Orgeschleute zu befürchten, die ihre westliche Zentrale in dem karlistischen Steinamanger haben.

Für Oesterreich bedeutet das Burgenland mit seiner großen Fruchtbarkeit und seinem erheblichen Nahrungsmittelüberschuß einen sehr erfreulichen Zuwachs. Das Burgenland produziert Brotgetreide, Kartoffeln, Rindvieh, Schweine, Holz und Kohlen. Es ist ein vorwiegend agrarisches Gebiet von rund 340 000 Hektar und 350 000 Einwohnern.

Englands Kriegswirtschaft.

Durch fast ein halbes Jahrzehnt sind die Völker voneinander abgeschlossen gewesen: jetzt, wo sie wieder anfangen, zueinander zu kommen, möchten sie nur schnell und gründlich jene trüben Kriegsjahre vergessen, wie einen bösen Traum von Mord und Haß und Sinnlosigkeit. Sie wollen neu zueinander kommen, wollen wissen, wie die anderen heute leben, unter welchen Verhältnissen sie arbeiten. Der deutsche Arbeiter erblickt im französischen, im belgischen, im englischen Arbeiter den Kameraden, dessen Lebens- und Arbeitsverhältnisse ihn wie die eigenen angehen, und die amerikanische Trustentwickelung wird ihm ebenso wichtig als Symptom einer gemeinsamen weltkapitalistischen Entwickelung, wie dem englischen Gewerkschafter die deutschen Betriebsräte als Beispiel und Vorbild seiner eigenen Politik.

Aber so sehr auch Wort und Begriff „Kriegswirtschaft" uns allen noch nachträglich einen Schauer über den Rücken jagt, so wird doch auch der deutsche Arbeiter es begrüßen, wenn ihm einmal Gelegenheit geboten wird, etwas Umfassenderes über die Entwickelung der englischen Wirtschaft im Kriege und kurz danach zu erfahren. Ein uns vorliegendes Buch von Dr. Charlotte Mendelsohn: „Wandlungen des liberalen England durch die Kriegswirtschaft" (Ergänzungsheft 18 des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik") stellt unter den Hauptgesichtspunkten Rationalisierung, Konzentration und Demokratisierung die Entwickelung der englischen Wirtschaft im Kriege dar.

Wenn die Arbeit auch zunächst den reinen Erkenntniszwecken der Wirtschaft dienen will, so kann sie auch für die Praxis und die Arbeiterpolitik des Augenblicks Bedeutung haben. Man sieht, wie der Ausbruch des Krieges auch für das weltbeherrschende, Schiffahrt und Handel treibende England einen Augenblick der stärksten Bestürzung hervorruft. Die Zahl der Arbeitslosen steigt in den ersten Kriegsmonaten ungeheuer. Ein- und Ausfuhr sind gelähmt. Aber bald ist die innere Umstellung der leitenden Kreise vollzogen, eine Verschiebung der Arbeitskräfte setzt ein, deren Nachwirkungen noch heute nicht überwunden sind. Dann kommt im Sommer 1915 das Munitionsgesetz, das Vorbild unseres Hilfsdienstgesetzes. Ein offizieller Hilfsdienstzwang ist nicht eingeführt worden, wie überhaupt die Not so viel geringer war als in dem blockierten und zur Niederlage verurteilten Mitteleuropa, daß in der Hauptsache ohne Gewaltmittel ausgekommen wurde.

Uns Deutsche glaubten die offiziellen Stellen, mußte die durch die Zensur geknebelte Presse immer wie kleine Kinder durch beschwichtigende „gute Nachrichten", durch Fahnen und Siegesklimbim bei guter Laune halten. Es ist tief beschämend und erschütternd, dagegen die harte Offenheit Englands zu halten, die auch die ernstesten Gefahren nicht verbarg, und mit der es der geniale Organisator und große Menschenkenner Lloyd George fertigbekam, seine Landsleute zu freiwilligen Opfern zu veranlassen. Nicht nur die Arbeiter, auch die Kapitalisten haben viele solche Opfer bringen müssen. Vielleicht in einem höheren Sinne prinzipienlos, aber seines momentanen Zieles, des Sieges, bewußt, hat Lloyd George sie nicht geschont. Wo bei uns mit farcenhaftem Zahlenjonglieren von Anleihe zu Anleihe angeblich jedesmal von neuem „eine Schlacht gewonnen wurde", was ja im Grunde nichts anderes hieß, als die Profite der Kriegsgewinnler und Heereslieferanten zu schonen, hat England von Anfang an den einzig vernünftigen Weg der Gewinnbesteuerung beschritten.

Auch sonst hat der Krieg den Unternehmern bedeutsame Wandlungen gebracht. **Die hochkapitalistische Periode der industriellen Konzentrationsbewegung,** der großen Trusts, Kartelle und sonstigen Unternehmerverbände, ist durch die Kriegswirtschaft erst recht eigentlich in das englische Wirtschaftsleben eingedrungen. Vorher existierten eine ungeheure Anzahl kleinerer, voneinander unabhängiger Unternehmen, was — wie vor allem im Bergbau und Eisenbahnwesen — einer vernünftigen volkswirtschaftlichen Ausnützung im Wege stand. Im Krieg wurden eine Reihe von Industrien und das gesamte große Verkehrswesen unter Staatskontrolle genommen und einheitlich geleitet, sie haben dadurch bessere volkswirtschaftliche Erträge geliefert. Das brachte die Einstellung vieler unwirtschaftlicher Unternehmungen und die technisch vollkommenere Ausnutzung anderer mit sich. Das Kapitel „Rationalisierung" zeigt diesen durch die beiden Ziele der Kriegswirtschaft — Sicherstellung der Versorgung und Förderung der nationalen Wirtschaft — erzwungenen Prozeß: bessere Ausnutzung technisch-wissenschaftlicher Kenntnisse, Ausschaltung aller unrentablen Zwischenfunktionen, wie z. B. Verbrauch in großer Entfernung vom Produktionsort, genaue Einstellung von Produktion und Verbrauch aufeinander usw.

Auch die Arbeiter werden von diesen Rationalisierungsbestrebungen betroffen. Die sogenannten Gewerkschaftsbeschränkungen (Trade Unions Restrictions), Verbot der Zusammenbeschäftigung der unorganisierten, unqualifizierten Arbeiter mit Gewerkschaftlern an bestimmten Maschinen und ähnliches, werden 1915 aufgehoben. So dringen in die ehemals hochqualifizierten Arbeitern vorbe-

haltenen Stellen Halbgelernte, Frauen und Jugendliche ein. Für die Gesamtstruktur der englischen Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsbewegung ist diese Aufhebung der alten „Gewerkschaftsaristokratie" von größter Bedeutung. Der dem Gildensozialismus zugrunde liegende Gedanke einer alle in einer Industrie Tätigen umfassenden Gesamtgewerkschaft hat hier seinen praktischen Vorbau gefunden.

Ebenso haben die Führer der Rationalisierungsbestrebungen in den Erfahrungen der Kriegswirtschaft ihre Hauptargumente gefunden. Gerade die Zersplitterung der liberalen kapitalistischen Wirtschaft hat im Kriege bewiesen, wie sehr sie unrationell ist. Die nichts weniger als kriegsbegeisterten Sozialisten in der Sankè-Kommission haben auf die Bedeutung dieser Kriegserfahrungen zugunsten einer Rationalisierung des Kohlenbergbaues wiederholt hingewiesen.

Auch eine Art Betriebsrätebewegung hat der Krieg England gebracht. Diese sogenannten Industrieräte, etwa unseren Arbeitsgemeinschaften zu vergleichen, sind wirtschaftsfriedlich gerichtet. Ueberhaupt ist die große Mehrheit der englischen Arbeiterschaft auch jetzt durchaus demokratisch und evolutionär eingestellt und will von allen gewaltsamen, diktatorischen, bolschewistischen Elementen nichts wissen.

Für uns aber von größter Wichtigkeit ist der Eindruck, den diese Kriegsorganisationen und Erlebnisse auf die englischen Arbeiter gemacht haben. Sie sind sich erst ganz ihrer Bedeutung bewußt geworden. Die ungeheuren Anforderungen aber, die an ihre Arbeit und Opferwilligkeit gestellt wurden, wie die schweren Eingriffe in ihre Freiheit haben sie als Arbeiterklasse zusammengeschlossen, haben ihnen allen das **Bewußtsein von der Solidarität der Arbeiterschaft gegeben.** Gleichzeitig haben sie z. B. in den Räten organisatorische Grundlagen für die Betätigung ihres Klassenbewußtseins gelegt.

Das aufschlußreiche Buch von Dr. Mendelsohn, einer jungen Parteigenossin, umreißt ein Stück lebendiger Zeitgeschichte und weckt den Wunsch nach einer Fortführung seiner Darstellung bis in die unmittelbarste Gegenwart hinein. Was es uns bietet, das ist eine willkommene Gelegenheit, die Jahr erkennen zu lernen, aus denen wir vom Leben Englands nichts wissen, damit wir leichter zurückfinden zu den englischen Genossen, die in ihnen selbst bedeutende Wandlungen erlebt haben, bedeutsamere vielleicht, als selbst wir in Deutschland. Denn es sind tiefe innere und organisatorische Wandlungen dort, auf sozialem und ökonomischem Gebiet, geschehen, während bei uns die Revolution fast nur der staatsrechtliche Ausdruck wurde für Wandlungen, die längst innerlich geschehen waren.

Die Unterhausrede Lloyd Georges.

London, 16. August.

In seiner Rede im Unterhause erklärte Lloyd George u. a. noch, daß neben der oberschlesischen Frage auch die Frage der

Sanktionen

schwierig gewesen sei. Es bestehe kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur gerechtfertigt seien, wenn Deutschland bessere Abmachungen abgelehnt hätte. Deutschland habe aber bessere Abmachungen angenommen und tue sein Bestes, um sie durchzuführen. Di eAlliierten seien der Ansicht, daß eine Verlängerung dieser lästigen Zollgrenze ungerecht sein würde und seien daher übereingekommen, sie aufzuheben.

Bezüglich der militärischen Sanktionen seien die Franzosen der Ansicht, daß einige Bestimmungen des Friedensvertrages noch nicht vollkommen durchgeführt worden seien, insbesondere bezüglich der Entwaffnung. Die Franzosen schlugen daher vor, daß die militärischen Sanktionen noch einige Zeit aufrechterhalten bleiben sollten. Diese Frage werde dem militärischen Ausschuß, der seine Sitzung in Paris abhalten werde, überwiesen, und es bestehe die Absicht, die Frage bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates zu behandeln. Es herrsche allgemein die Ansicht, daß die **Zeit zu einer allmählichen Herabsetzung der Deutschland durch die Kontrolle aufgeregten Lasten gekommen sei; die Ausgaben dafür verschlängen Schätze.** Die Alliierten hätten genau soviel Interesse daran, wie die Deutschen selbst. Die Alliierten hätten sogar, vom Standpunkt der Reparation gesehen, ein unmittelbares Interesse daran. Augenblicklich hätten die Ausgaben für die Besetzung und für die Kontrollkommissionen in Deutschland **fast das gesamte Geld verschlungen, das für Reparationszwecke verfügbar** sein konnte. Es bestände kein Zweifel, daß sie auch einen Zustand dauernder Erregung schaffen. Je eher Europa zu normalen Verhältnissen zurückkehre, um so besser sei es. **Deutschland sei jetzt erschöpft und liege danieder.** Wenn Deutschland sich jedoch wieder erhole, so würden die militärische Besetzung und die Kontrollkommissionen immer lästiger werden. Es würde dann auch die Gefahr von Zwischenfällen vorhanden sein. Die Alliierten hätten beschlossen, einige der Kontrollkommissionen allmählich soweit wie möglich zu vermindern und bezüglich der Kosten der Besatzungsheere eine Regelung zu treffen, die alle Teilnehmer befriedigen werde.

Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, so könne er die **Nervosität des französischen Volkes verstehen.** Die Ereignisse seien noch in der Erinnerung, die es Frankreich sehr schwer machten, nicht eine berechtigte Besorgnis in dem Gedanken zu empfinden, was die Folgen sein würden, wenn Deutschland seinen Angriff erneuerte. Die wahre Sicherheit Frankreichs hänge jedoch von drei Dingen ab: 1. von der **Entwaffnung Deutschlands.** Darauf habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rates bestanden. Zweifellos sei es vollkommen unmöglich, eine wirkliche Atmosphäre des Friedens zu erreichen, bevor nicht Frankreich sich vor der Gefahr jener großen Heere sicher fühle, die ihm so schweres Leid angetan hätten. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal verschwunden seien, sei es unmöglich Rüstungen heimlich herzustellen. Das nehme lange Zeit in Anspruch und komme immer ans Tageslicht. **Nichts geschehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei.** Kein einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen und kein Geschoß auf diese Schiffe gestellt, von denen die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. Das gelte auch für Frankreich. Deshalb könne Deutschland niemals etwas unternehmen, was mit seiner früheren überwältigenden Macht vergleichbar sei. Der zweite Umstand, von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhänge, sei der, daß Deutschland sich des Ruins bewußt werde, den der Krieg Deutschland selbst zugefügt habe. Drittens hänge die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß er sich die ganze Welt zum Feinde mache, und daß ein Anfangserfolg schließlich den Ruin nur vergrößere, indem er die Folgen der Niederlage und die Strafen, die dem Angreifer auferlegt werden, nur vergrößere.

Ueber die türkisch-griechische Frage sprechend, erklärte Lloyd George, der einzige Weg sei, beide Parteien **ihre Kämpfe ausfechten zu lassen.** Die Türken hätten zweifellos eine übertriebene Vorstellung von ihrer eigenen Tapferkeit und eine zu große Geringschätzigkeit griechischer militärischer Leistungsfähigkeit. Die Griechen würden andererseits lernen, daß ihre eigenen Hilfsmittel beschränkt seien. Er hoffe, daß die Griechen nicht denselben Fehler begehen würden, den die Bulgaren im Jahre 1913 machten, als sie nach einer Reihe glänzender Siege durch den blinden Ehrgeiz einiger ihrer Staatsmänner dazu bewogen wurden, auf übertriebenen Forderungen zu bestehen, die ihnen eine Menge von Feinden machten und mit ihrem Fall endeten. Als ein aufrichtiger Freund Griechenlands hoffe er, daß die griechischen Staatsmänner nicht den unverzeihlichen Fehler wiederholen würden, der sicher Griechenland zum Verhängnis werden müsse. **Mäßigung im Siege sei nicht weniger wichtig als der Sieg selbst.** „Ich gehe sogar noch weiter," sagte Lloyd George, „ich glaube,

Mäßigung im Siege ist noch wichtiger als der Sieg selbst!

Wie viele Tragödien findet man im Buche der Geschichte geschrieben, die aus einem Siege entstanden sind, der zu einem schlechten Zwecke gebraucht wurde. Es würde für diese Nationen besser gewesen sein, **wenn sie niemals gewonnen hätten."**

Bei seinen Ausführungen über die

russische Notlage

hob Lloyd George nachdrücklich hervor, daß niemand auf der Pariser Konferenz, ob er für oder gegen die Bolschewisten sei, das politische Element hineinbringen und die **Hungersnot zu politischen Zwecken ausnutzen sollte.** Es könne nichts ohne vollständige Zusammenarbeit mit der Regieurng von Moskau in den Hungersgebieten unternommen werden. Es müßte vollständige Gewähr dafür vorhanden sein, daß alle Hilfe der in Not befindlichen Bevölkerung zugute komme. Die Leute, die das Hilfswerk organisieren, müssen selbst die Aufsicht darüber haben. Das Hilfswerk könne nur Erfolg haben, wenn in dem nicht heimgesuchten Gebiet die russischen Bauern veranlaßt werden könnten, ihre Getreidevorräte gegen Lieferungen, die vom Ausland kommen, abzugeben. Diese Lieferungen vom Ausland könnten nur erfolgen, wenn die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bezüglich der bereits an Rußland gemachten Lieferungen anerkenne. In Frankreich seien Hunderttausende von Menschen, die ihren letzten Centime hergegeben hätten, um Rußland in früheren Jahren zu helfen. (? Nein! sondern um die Rüstungen des Zarenheeres zu finanzieren und die ganze Despoten- und Korruptionswirtschaft zu stützen. Red.) In England befänden sich zahlreiche Personen, die ihre Waren nach Rußland gesandt hätten und ihr Kapital dort anlegten. Wenn die Sowjetregierung Vertrauen schaffen wolle, das die Handelswelt dazu bewegen könnte, im jetzigen Augenblick einzugreifen, dann müsse sie erklären, daß sie ihre Verpflichtungen anerkenne.

Lloyd George bezeichnete die russische Hungersnot als die **furchtbarste Heimsuchung seit Jahrhunderten, die die Welt betroffen habe.** Es sei schwierig, Nachrichten zu erhalten. Zu seinem größten Leidwesen müsse er mitteilen, daß die Nachrichten, die die Regierung eben erhalten habe, auf eine furchtbare Katastrophe hinweisen. Soeben sei ein Telegramm von dem britischen Handelsvertreter in Moskau eingetroffen, das besage, daß **35 Millionen Menschen hilfsbedürftig seien.** Die Bewohner der von der Hungersnot heimgesuchten Gebiete wandern, da sie einsehen, daß keine Möglichkeit besteht, daß die Hilfe sie rechtzeitig erreicht, um sich vor der Hungersnot zu bewahren, in großen Massen nach verschiedenen Richtungen. Sie seien **dem Tode geweiht. Dreißig vom Hundert seien Kinder.** Zahlreiche Kinder werden von den Eltern ihrem Schicksal überlassen.

Der Eindruck der Rede in London und Paris.

Während die englische Presse der neuen Rede Lloyd Georges sehr lebhaft zustimmt, nimmt die französische Presse sehr heftig gegen den englischen Ministerpräsidenten Stellung. Besonders die Stellen über Oberschlesien geben Pertinax im „Echo de Paris" und dem „Journal" Anlaß zu heftigen Angriffen gegen Lloyd Georges „sonderbare historische Theorien".

Der nationalistische Abgeordnete Maurige Barrès hat eine Intepellation über die Haltung Briands auf der Pariser Konferenz angekündigt.

Briand antwortet.

Paris, 17. August.

Der französische Ministerpräsident Briand hat gestern Abend die Vertreter der Presse empfangen und ihnen folgende Erklärung zur Rede Lloyd Georges abgegeben: „Ich fühle offengestanden kein Bedürfnis, die Polemik des Obersten Rates fortzusetzen. Sie hat lange genug gedauert. Jetzt ist die Angelegenheit dem Völkerbundsrat überwiesen worden, der aus acht Mitgliedern besteht, die alle volle Unabhängigkeit besitzen. Ich habe, was mich anbetrifft, volles Vertrauen zu ihnen. Einer der anwesenden Journalisten unterbrach den Ministerpräsidenten und fragte ihn: „Können Sie die Rede des englischen Ministerpräsidenten im Unterhaus ohne Antwort lassen?" Briand zögerte einen Augenblick und erwiderte dann: „Herr Lloyd George führt **mit Unrecht unsere Haltung auf die einzige Sorge unserer Sicherheit zurück.** Wir sind genau wie Lloyd George für die Gerechtigkeit und die Ausführung des Vertrages. Unser Standpunkt unterscheidet sich nur in der Auslegung des Artikels 88. Das Gutachten des Völkerbundsrates wird in dieser Hinsicht entscheiden. Im Verlaufe der Sitzungen des Obersten Rates waren wir jedoch in zwei Punkten vollständig einig. Unsere Sachverständigen hatten einstimmig folgende Beschlüsse angenommen: 1. Der Vertrag enthält im Prinzip und in der Tatsache die Teilung Oberschlesiens. 2. Für diese Teilung, die nach dem Wunsche der Einwohner vorgenommen werden soll, sollen die ethnographischen Wahrnehmungen vorherrschend sein. Wenn man eine Karte Oberschlesiens betrachtet, so teilt man nach dem ersten Blick und aus einer Bewegung der Logik heraus das Gebiet in zwei Teile. Frankreich hat von vornherein vorgeschlagen, daß die Teilung von diesem Standpunkt aus erfolgen soll. Man hat uns jedoch den Artikel 88 des Vertrages entgegen gehalten. Es müßte bestimmt werden, was man überhaupt unter dem Begriff Industriegebiet versteht. Von jetzt an wird Schweigen herrschen und ich werde nicht geneigt sein, dieses Schweigen zu brechen."

Der Aufstand in Fünfkirchen.

Laibach, 16. August. Die Jugoslawische Telegraphenagentur meldet aus Belgrad vom 15. August: Am Sonntag fand in Fünfkirchen eine Volksversammlung statt, an der etwa 25000 Personen teilnahmen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß, falls die Ungarn nach Fünfkirchen kämen, die Bevölkerung sich **mit der Waffe auflehnen und eine serbisch-ungarische Republik proklamieren** würde. Ein Vollzugsausschuß mit dem Maler Dobrovic an der Spitze wurde gewählt. Die Jugoslawische Regierung hat vorläufig noch keine Instruktionen nach Fünfkirchen gesandt. Die für den Fall der Besetzung von **Baranya** durch Ungarn ausgerufene Republik soll bis zur endgültigen Vereinigung mit Jugoslawien bestehen bleiben. In Belgrad trafen Vertreter des Fünfkirchener Vollzugsausschusses ein und ersuchten die jugoslawische Regierung, den neuen Staat anzuerkennen. Der Ministerrat erörterte heute eingehend die neuentstandene Lage. Die Regierung kann die Grundlage des Friedens von Trianon nicht verlassen, wird aber bei der Entente energische Schritte unternehmen, um die ansässige Bevölkerung vor dem ungarischen Terror zu schützen.

Graz, 16. August. Der „Tagespost" wird aus Belgrad berichtet, daß die Proklamation der Republik Baranya auch dem Führer der Ententekommission bekanntgegeben wurde. **Die Arbeiterschaft in den Fünfkirchener Bergwerken ist entschlossen, die Bergwerke für den Fall, daß der Bezirk unter ungarische Herrschaft kommen sollte, zu vernichten.** In Belgrad wird in den nächsten Tagen der frühere Ministerpräsident Karolyi erwartet, der die Bewegung im Bezirk Baranya unterstützt.

Die Botschafter-Konferenz zur Proklamierung der Fünfkirchener Republik.

Paris, 17. August. Die Botschafterkonferenz hat heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Sie nahm Kenntnis von den Telegrammen, die sie aus Baranya erhalten hat, wo eine kommunistische Republik proklamiert worden ist. Die Konferenz hat beschlossen, sofort in Belgrad Schritte zu unternehmen, um die serbische Regierung an die Notwendigkeit zu erinnern, den Bestimmungen des Vertrages von Trianon entsprechend, die ungarischen Gebiete zu räumen. Ungarn wird gleichzeitig an die früheren entsprechenden Noten erinnert. Im übrigen sind die laufenden Angelegenheiten erledigt worden.

Die Sanierung Oesterreichs.

TU. Wien, 17. August. Von dem Vorschusse von zirka fünf Millionen Pfund wird die Hälfte zum Ankauf von Kronen verwandt werden, womit Hand in Hand die Einschränkung des Notendruckes gehen wird. Im September sollen in Wien die Verhandlungen bezüglich der definitiven Kreditaktion geführt werden. Die Summe des definitiven Kredits sollen zirka 32 Millionen Pfund betragen, wovon 25 Millionen von England und der Rest von sieben Millionen von den übrigen Staaten der Entente aufgebracht werden soll.

Oberschlesien.

Auflösung der polnischen Ortswehren.

Berlin, 17. August.

Das englische Truppenkommando in Oberschlesien hat dem englischen Vertreter in der Interalliierten Kommission einen auf Grund von Berichten englischer Kreiskommissare, die erst kürzlich das ganze Abstimmungsgebiet bereist haben, zusammengefaßten Bericht über die bedrohliche Lage, vor allem über das gefährliche Treiben und die Zusammensetzung der Gemeindewehren in den Kreisen Kattowitz, Königshütte, Gleiwitz, Groß-Strehlitz, Rybnik und Pleß eingereicht und ein sofortiges Eingreifen der Interalliierten Kommission gefordert, widrigenfalls ein erneuter polnischer Aufstand in Kürze unvermeidlich sei.

Das englische Truppenkommando hat für das Besetzungsgebiet der englischen Truppen gleichzeitig verfügt, daß sämtliche Gemeindewehren aufzulösen und unter Aufsicht englischer Offiziere neu zusammenzustellen sind. Die Ortsverwaltungen werden für die ordnungsmäßige Abgabe der Waffen und ihre sichere Aufbewahrung verantwortlich gemacht. Alle Ausweise der Gemeindewehren werden für ungültig erklärt. Ausweise müssen künftig den Stempel des zuständigen Kreiskommissars tragen. Alle Versammlungen bedürfen der Erlaubnis der Kreiskommandantur. Ausschank von Alkohol an die Bevölkerung, wie auch an die Besatzungstruppen ist strengstens untersagt. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Zwei italienische Bataillone nach Oberschlesien abgegangen.

Paris, 18. August.

Ein Telegramm aus Rom an eine französische Nachrichtenstelle meldet, daß zwei italienische Bataillone als Verstärkung nach Oberschlesien abgegangen sind. —

Annahme der oberschlesischen Entscheidung auch bei Mehrheitsbeschluß.

Lugano, 18. August.

Ministerpräsident Bonomi erklärte, der Oberste Rat sei bereit, die vom Völkerbundrat festgesetzten Grenzen anzuerkennen, auch wenn das Urteil des Völkerbundrates nur durch eine Mehrheit und nicht durch Einstimmigkeit zustande komme.

Die Aufhebung der Sanktionen.

Aus Köln wird der NZ. geschrieben:

Das Ergebnis der Pariser Beratungen in bezug auf die Sanktionen im Rheinland bedeutete für das besetzte Gebiet selbst keine allzu große Ueberraschung. Man wußte, daß die Engländer wirklich ernsthaft die Aufhebung betrieben und man war innerlich zuversichtlich darin, das die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben würden. Aber ebenso war man überzeugt, daß die Sorge um den Ruhm, den äußeren Glanz, die neben der gräßlichen Angst für die französische Politik maßgebend ist, eine Aufhebung der militärischen Sanktionen nicht zulassen werde. Freilich haben wir trotzdem insofern noch eine erhebliche Enttäuschung erlebt, als man die wirtschaftlichen Sanktionen (übrigens ein hübscher Ausdruck für Rechtsbruch und Erpressung) nicht sofort, sondern erst zum 15. September außer Kraft setzen will und außerdem an die Aufhebung recht üble Bedingungen knüpft.

Um sich die Bedeutung der wirtschaftlichen Bedingungen klar zu machen, muß man ein paar Zahlen wissen. Als die Sanktionen in Kraft traten, verlangten die Deutschnationalen, daß die deutschen Beamten bei der Durchführung des Zoll- und des Ein- und Ausfuhrsystems nicht mitwirkten. Die Folge wäre gewesen, daß die Entente die Maßregel mit eigenem, ungeschulten Personal durchgeführt und die Wirtschaft noch schwerer gestört hätte. Unter dem Druck der Verhältnisse hat man im Rheinland, selbst in politisch ganz rechts stehenden Kreisen Einiges gelernt und will von der deutschnationalen Politik nichts wissen.

Es wurde also doch in Ems ein „Ein- und Ausfuhramt" eingrichtet, das natürlich nichts mehr als eine Vorinstanz ist, während alle Entscheidungen in Koblenz bei der Rheinlandkommission fallen. Immerhin hat das Amt unter geschickter Leitung manches Unheil verhindern können. Um welche Umsätze es sich handelt, dafür sollen ein paar Zahlen genannt werden. In den ersten 6 Wochen haben die Alliierten an Zöllen 170 Millionen Mark herausgezogen, und man möchte wünschen, daß die Reichsregierung einmal die Festigkeit aufbrächte, die Grenzen irgendwo so entschieden zu bewachen. Das Ein- und Ausfuhramt in Ems aber hat an Gebühren in den ersten drei Monaten seines Bestehens nahezu 40 Millionen Mark eingenommen, was, da die Gebühr nur 1 pro Mille für die Einfuhr, 5 pro Mille für die Ausfuhr beträgt, einem Umsatz von mindestens 13 Milliarden in diesen drei Monaten entspricht.

Dies Ein- und Ausfuhrsystem aber, daß die Gesamtregelung in die Hände der Rheinlandkommission legte, hat den wildesten Schiebungen Tür und Tor geöffnet. Denn, da die Regelung natürlich nicht nach deutschen Gesichtspunkten erfolgte, wurden auf Antrag jedes alliierten Schiebers, unter besonderer Beihilfe besonders der französischen Offiziere und Delegierten, alle Luxuswaren in das Rheinland hineingelassen, die wir nicht gebrauchen und dafür Waren zur Ausfuhr zugelassen, die wir nicht entbehren können. Wein, Liköre, Seidenstoffe haben das Land überschwemmt. Frankreich allein hat in drei Monaten für über 100 Millionen Mark seines billigen Weines ins Land laufen lassen und während die rheinische Textilindustrie schwer zu kämpfen hat, werfen belgische und französische Fabrikanten ununterbrochen Waren ins Land.

Die Folgen der Sanktionen sind für die arbeitenden Kreise besonders bemerkbar geworden. Sie haben auf der einen Seite zu einer schweren Störung der Poduktion geführt, weil sowohl die Zufuhr von Rohstoffen, wie die Ausfuhr von Fertigfabrikaten verhindert und mitunter unmöglich gemacht wurde, und sie haben auf der anderen Seite das Existenzminimum außerordentlich in die Höhe geschraubt, weil die fremden Besatzungen mit ihren Riesenlöhnen alles verteuern. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen wird also nur in der einen Richtung eine Erleichterung schaffen. Freilich, wenn wir sie mit der Bewilligung hoher Kontingente an die französischen Einfuhrgelüste erkaufen müssen, wird der Preis sehr hoch sein und unsere Handelsbilanz erheblich belasten. Man urteilt über die Tätigkeit des Staatssekretärs Hirsch in diesen Fragen im Rheinland höchst ungünstig und wirft ihm bei aller Anerkennung seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten einen erheblichen Mangel an politischem Weitblick vor. Schlimmer aber ist, daß die Last der militärischen Sanktionen weiter auf uns drücken soll. Solange sie aufrecht erhalten bleiben, kann von einer wirklichen Erholung der Rheinlande keine Rede sein, wenn man sich vorstellt, daß in einer Stadt wie Duisburg noch heute mindestens 10 000 Mann Besatzung liegen, so wird man verstehen, wie ungeheuer die Lasten sind, die die Ruhmsucht des französischen Militarismus uns aufbürdet.

Diese militärischen Sanktionen waren von vorneherein umso widersinniger, als die ganze Art der Besatzung überhaupt sich als ein völliger Unsinn darstellt. Um die Fiktion der Oberherrschaft aufrecht zu erhalten, brauchte man in dem ganzen entwaffneten Lande wahrhaftig nicht eine Viertelmillion Truppen auf den Beinen zu haben. Kein Mensch im Rheinland denkt an bewaffneten Widerstand, man hat nur die eine Sehnsucht: im Frieden seiner Arbeit nachgehen zu können. Man weiß auch sehr wohl, daß Frankreich in Nöten ist und Geld braucht. Aber man versteht umso weniger, daß Frankreich durch seine eigene Augenblickspolitik die Möglichkeit verscherzt, sofort Hilfe zu haben. Denn, wenn man sich entschließen würde, die Besatzung hier ganz aufzuheben, oder wenigstens auf ein bescheidenes Minimum zu verringern, würde der Nachbar im Westen sofort die materielle Hilfe haben können, die er braucht.

Die Aufhebung der Zollgrenze und des noch viel unheilvolleren Emser Systems werden bei uns aufatmend begrüßt werden, weil sie vielleicht noch zurecht kommen, um den Zusammenbruch der rheinischen Wirtschaft zu verhindern. Ob ihre Wirkung noch dahin gehen wird, die Wirtschaftskämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unnötig zu machen, die infolge der allgemeinen Preissteigerung vor der Türe stehen, ist sehr zweifelhaft. Eine Aussicht darauf bestände sicherlich nur dann, wenn man auch sofort die militärischen Sanktionen aufheben und die Bevölkerung von dieser Last befreien würde.

Die Gosse.

Nicht nur in Lübeck hat die Rechtspresse einen Arbeiter erobert, auch in Berlin hat sich ein Überläufer gefunden, der bereit ist, seine Arbeitsbrüder mit Schmutz zu bewerfen, nur um das gnädige Lächeln vornehmer Herrschaften sich zu verdienen.

Es ist dies der bekannte und berüchtigte Buchbinder und frühere Sozialdemokrat Emil Kloth. „Tägl. Rundschau", „Deutsche Tageszeitung" und „Lübeckische Anzeigen" können Staat machen mit ihrem Mit„arbeiter". Von der Sorte gönnen wir ihnen noch recht viele, passen diese doch dahin, wo sie Anschluß gefunden haben. Kapitalisten richten ihre politischen Ansichten mit Rücksicht auf ihre Millionen ein. Den übergelaufenen Proletariern fallen von diesen Millionen einige Pfennige als Brosamen in den Schoß. Und mit Rücksicht darauf richten sie ihre Arbeiterpolitik ein.

Ehrendoktor Ludendorff.

An die schlimmste Zeit der politisierenden Professoren erinnert, daß die medizinische Fakultät der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen Ludendorff bei seiner Anwesenheit in Königsberg, anläßlich der Tannenbergfeier, die Würde eines Ehrendoktors der Medizin verliehen hat. In dem Ehrendoktordiplom heißt es:

„Dem Meister der Feldherrnkunst, dessen überragendes Können Gesundheit und Leben unzähliger deutscher Krieger vor den feindlichen Feuerschlünden gerettet; dem Befreier, der mit eiserner Hand unsere ostpreußische Heimaterde reingefegt von plündernden und sengenden russischen Horden; dem Führer, dessen starker Arm den makellosen Ruhm der deutschen Waffen und den Glanz deutscher Kultur getragen hat von den Gestaden des Atlantischen Ozeans, bis in die Wüsten Arabiens; dem Helden, der das von einer Welt beutelüsterner Feinde umklammerte deutsche Volk mit den scharfen Schlägen seines unbesiegten Schwertes geschützt, bis es, falschen Worten trauend, seine ungebrochene Wehr und seinen starken Führer fallen ließ; dem deutschen Mann, dessen Bild, aus der Finsternis der Gegenwart hervorleuchtend, uns den Glauben gibt an einen dereinstigen Retter und Rächer unseres Volkes."

Die medizinische Fakultät hat übersehen, daß es Ludendorff selbst gewesen ist, der seinen Rücktritt anbot, als er Deutschland genügend tief ins Elend geritten hatte. Wievielen Menschen Ludendorff das Leben gerettet hat, das scheint bisher nur die medizinische Fakultät der Universität Königsberg festgestellt zu haben; sie begnügt sich leider mit der Behauptung, ohne die Unterlagen dafür mitzuteilen. Das Volk weiß aber, daß in dem Menschenschlachthaus von 1914—1918 auf deutscher Seite 1 800 000 Männer geopfert wurden. Obwohl die Möglichkeiten auftauchten, zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen, wurde sinnlos weiter Krieg geführt bis zur fürchterlichen Niederlage. Die Deutschland in der Stunde der höchsten Not beisprangen, werden heute verleumdet; die feige Deutschland den Rücken kehrten, werden Ehrendoktor! Wir können auf unsere Königsberger Medizinprofessoren „stolz" sein. Hoffen wollen wir, daß sie in ihrem Fach etwas besser unterrichtet sind als in der Politik.

Die Partei des großen Mauls.

Die wirkliche Mitgliederzahl der Kommunistenpartei.

lv. Ein kommunistisches Provinzorgan hat einen Bock gemacht. Es hat vertrauliche Mitteilungen der Zentrale versehentlicht veröffentlicht. Sie betreffen die Mitgliederzahl der Partei, auf Grund deren die Zahl der Delegierten für den Jenaer Parteitag bestimmt wird. Die Rechnung sieht so aus:

Bezirk	Angegeb. Mitgliederzahl	Mitgl.-Zahl nach Beiträgen	Zustehende Delegierte
1. Berlin-Brandenburg	20 262	25 998	26
2. Lausitz	2 434	1 374	1
2. Pommern	4 261	2 596	3
4. Ostpreußen	9 000	2 250	3
5. Danzig	4 300	1 614	2
6. Schlesien	nicht angegeben	nicht abgerechnet	1
7. Oberschlesien	"	"	1
8. Ostsachsen	3 673	4 459	4
9. Erzgebirge-Vogtland	17 435	23 798	24
10. Westsachsen	14 338	13 794	14
11. Halle-Merseburg	66 000	25 251	25
12. Magdeburg-Anhalt	7 207	1 737	2
13. Thüringen	23 000	nicht abgerechnet	1
14. Niedersachsen	nicht angegeben	1 050	1
15. Mecklenburg	6 100	nicht abgerechnet	1
16. Wasserkante	40 000	"	1
17. Nordwest	6 685	7 064	7
18. Oestliches Westfalen	1 095	1 102	1
19/20. Rheinland-Westfalen	52 874	7 786	8
21. Mittelrhein	12 000	5 596	6
22. Hessen-Waldeck	1 579	911	1
23. Hessen-Frankfurt	10 981	11 521	12
24. Pfalz	2 314	3 308	3
25. Baden	7 398	6 350	6
26. Württemberg	15 000	10 754	11
27. Nordbayern	7 829	839	1
28. Südbayern	nicht angeben	1 994	2
Summa:	335 764	161 146	168

Aus dieser Rechnung ist ersichtlich, daß „die revolutionäre Massenpartei" insgesamt nur 161 000 Mitglieder hat, eine Zahl, die weit zurückbleibt hinter den großmäuligen Ankündigungen der Kommunisten über ihre Stärke. Hatte man nach Halle doch wiederholt in der roten Fahne gelesen, daß die Parteiorganisation eine halbe Million umfasse. Die Offenheit des Provinzorgans über den wahren Stand der Mitglieder ist deshalb der Roten Fahne sehr unangenehm und sie unternimmt deshalb den Versuch, diese für sie betrübliche Tatsache, unter allerlei Verrenkungen zu vertuschen. Daß die VKPD. nicht mehr als 161 000 Mitglieder hat, ist nicht zu bestreiten, wahrscheinlich hat sie sogar noch weniger, aber — und hier erinnert die Beweisführung der Roten Fahne an den Satz: die Armut kommt von der Poverte — das rührt nur daher, weil die Mitglieder nicht zahlen. So hat, wie die Rote Fahne zugibt, der Bezirk Rheinland-Westfalen mit seinen angeblich 53 000 Mitgliedern nur für 7800 abgerechnet. Der Rest — nun der hat sich in Rheinland-Westfalen ebenso verflüchtet, wie in Mitteldeutschland und andern Bezirken.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Ueber die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat von Unternehmungen ist nach dem Betriebsrätegesetz ein besonderes Gesetz zu erlassen, dessen Vorberatung im Reichswirtschaftsrat erfolgt ist. Dabei stand im Mittelpunkt der Beratungen die Frage, ob die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder als gleichberechtigt mit den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats gelten sollen, oder ob sie dort lediglich befugt sind, Aufklärungen zu verlangen, Anträge zu stellen und an solchen Abstimmungen teilzunehmen, welche die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer berühren. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat sich für die volle Anerkennung der Betriebsratsmitglieder als gleichberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrats ausgesprochen und im übrigen die Regierungsvorlage über die Zahl der Arbeitervertreter mit unwesentlichen Aenderungen angenommen. Der betreffende Gesetzentwurf wird nunmehr dem Reichstag zur gesetzgeberischen Sanktion vorgelegt werden.

Volkswirtschaft.

Der Spielball der Spekulation.

Ausländische Wechsel, die Zahlungsmittel für die Einfuhr der dringend benötigten ausländischen Lebensmittel und für die Erfüllung der Wiedergutmachungsschuld, sind heute der Spielball der wüstesten Spekulation. An der gestrigen Börse schnellten die Kurse unter großen Schwankungen in die Höhe, während nach Börsenschluß wieder ein Rückgang der Preise für Dollarnoten stattfand. Die amtlichen Notierungen für fremde Wechsel zeigen ein Heraufschnellen des Dollarpreises um 5 Mk., die übrigen Zahlungsmittel haben sich in ähnlichem Verhältnisse verteuert. Man zahlte für:

	am 28. 7.	1. 8.	12. 8.	15. 8.	16. 8.
100 holl. Gulden	2477,50	2475,—	2557,40	2657,80	2882,10
1 Pfd. Sterling	289,70	288,57	302,50	314,90	348,15
1 Dollar . . .	81,03	80,91	82,53	85,91	90,90
100 französ. Fr.	620,85	619,35	643,85	674,30	695,30
100 schweiz. Fr.	1321,15	1331,15	1388,60	1456,—	1498,50
100 österr. Kr. abgestempelt	9,15	9,23	10,47	10,18	10,58
100 tschech. Kr.	101,25	101,60	101,75	102,10	103,85

Es ist dringend zu fordern, daß den Leuten, die im Spekulationstaumel mit den wichtigsten Werten der deutschen Wirtschaft Schindluder treiben, einmal gründlich das Handwerk gelegt wird. Die Exporteure, die die Erzeugnisse der deutschen Arbeitskraft am Weltmarkt mit gutem Gewinn verkaufen, liefern die Devisen nicht ab, und an den geringen Beständen des Marktes tobt sich die ungehemmte Spekulation aus. Ob dadurch die Lebenshaltung des Volkes verteuert, die Zahlung der Reparationen erschwert wird, danach fragt man nicht. Im Gegenteil die Entwertung des Geldes im Ausland reizt auch die Spekulation in deutschen Industriepapieren an. Die Aufträge bei den Banken haben sich derart gehäuft, daß man in dieser und der nächsten Woche drei weitere Börsenfeiertage einzuschieben gezwungen ist. Warum wird auf die Devisen- und Aktienspekulation nicht eine Steuer gelegt, die wenigstens dem Reich aus den ungeheuren Umsätzen der Börse eine ergiebige Einnahmequelle erschließt?

Die Entwicklung des Danziger Hafens.

Danzig hat infolge seiner neuen politischen Stellung als Hafenstadt sehr an Bedeutung zugenommen, wie die statistischen Zahlen beweisen, die in „Werft und Reederei" veröffentlicht werden. Während im ersten halben Jahr 1913 die Tonnage der eingegangenen Schiffe 446 750 betrug, war sie im ersten Halbjahr 1921 auf 799 023 gestiegen. Die Erhöhung der Tonnenzahl rührt hauptsächlich von den großen Schiffen her, die jetzt den Danziger Hafen besuchen. Die Einfuhr über Danzig war bedeutend stärker als die Ausfuhr, denn Polen wirkt bei seinem Warenmangel als aufsaugender Schwamm.

Die russischen Handelsbeziehungen mit Deutschland.

Die sowjetamtliche Wirtschaftszeitung „Ekonomitscheskaja Schisn" veröffentlicht ein Interview mit dem russischen Handelsvertreter in Deutschland. Bei großen deutschen Firmen sind bedeutende Aufträge gemacht worden. In industriellen Kreisen sind die Aufträge der Sowjetregierung sehr gesucht. Die Durchführung der Transporte ist durch die Gründung einer deutsch-russischen Gesellschaft sichergestellt. Diese Gesellschaft wird 700 deutsche Lokomotiven, fünf Millionen Pud Eisenbahnschienen und eine große Menge landwirtschaftlicher Geräte und dergleichen nach Rußland befördern. Außerdem zeigt Deutschland großes Interesse für Rohstoffe, wie Naphtha, Pelze usw.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 17. August.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		17. August.	16. August.
Holland	100 fl.	2792.50	2952.50
Kopenhagen	100 Kr.	1487.50	1562.50
Stockholm	100 Kr.	1927.50	2012.50
Kristiania	100 Kr.	1147.50	1192.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	134.50	136.50
Schweiz	100 Frs.	1542.50	1587.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	10.87	11.25
Budapest	100 K.	22.75	23.—
Prag	100 K.	104.25	104.—
Spanien	100 Pesetas	1150.—	1167.50
London	1 £	330.25	347.25
Paris	100 Frs.	697.—	737.—
Belgien	100 Frs.	687.50	732.—
Italien	100 Lire	392.—	412.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	91.—	95.62
do. briefl. Ausz.	od. Scheck	91.—	95.12
Bukarest	100 Lei	—.—	—.—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 17. August 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
D.		Priwall	Welm	Emden	12	
D.		Capella	Duenekaf	Hamburg	5	
	S.	Doris	v. Bargen	Hamburg	3	
	S.	Carla	Buroh	Hamburg	3	
D.		Westfalia	Ueker	Kolding		16
D.		Emanuel	Larsson	Halmstad	4	
	S.	Nordstern	Slools	Aarhus	7	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für den übrigen Teil August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

So lange noch Vorrat:
Hemdentuche
von 11.80, 10.50, 7.80, 6.25 an
Schürzenstoffe
von 12.50 Mk. an.
Handtuch
Gerstenkorn, von 4.95 an.
D.-Strümpfe
von 6.50 Mk. an. (5336
Neu eingetroffen sind
Schürzen in großer Auswahl.

Heinrich Beuck
Brockesstraße 25.

Kaufe
leere Flaschen!
Rotweinflaschen Stück 1 M.
Kognakflaschen Stück 1.10 M.
Andere Sorten werden nicht gekauft. (5358
Ludw. Hartwig,
Obertrave 8.

Alle Arten
Hühnerfutter
Gerste und Hafer
gemischt. Hühnerfutt.
Weizenkleie
Dampfmühle
Carl Moll,
Alsheide 12—14.
5341) Telephon 324.

Pa. Fleisch- u. Wurstwaren
in großer Auswahl
empfiehlt (5349
Schlachterei u. Wurstfabrik
Otto Reining,
Lübeck-Stockelsdorf.
Telephon 1521.
Auch für Wiederverkäufer.

Besonders
billige Angebote
aus verschiedenen Abteilungen meines Hauses.

Eleg. D.-Schürzen	mit u.o. Volant W.Form 29.50	23.50
D.-Korsette	aus hell. Stoff, mit Laguette, i. allen Weiten	24.80
Dam.-Hemden	aus gutem Wäschetuch, mit Zacke	24.50
Dam.-Hemden	Reichsware, Achselschluß	18.90
D.-Beinkleider	mit Volant und Wäschezacken	23.80
D.-Unt.-Röcke	mit Stickerei u. Volant 46.50 38.50	27.50
H.-Faltenhemden	Reichsw., aus wß. H.-Tuch	33.00
H.-Socken	Halbschw. Ware, verst. Spitze und Ferse	6.95
Mussl.-D.-Strümpfe	engl. lg., Dp.-Sohl.	11.80
Frauenstrümpfe	Reichsware, deutschlg. P.	5.90
H.-Trikot-U.-Hosen	Reichsw. 9,50	6.95
Herr.-Anzüge	Reichsw., 3teilig, mit Futter	187.00
Anzug- u. Kostümstoff	140 cm br., Mt. 27.50	25.00
Rot. Bettinlett	130 u. 140 cm br., Mt. 56.00, 49.00	39.50
Gardin.-Nessel	mit blau u. roten Streifen M.	9.80
Sportflanell	für Hemd. u. Blusen, in mittelf. Dess., 70 cm br. M.	11.80
Läuferstoffe	65 cm br., in pr. Qual. in versch. Dessins, M.	29.50
Pr. Wachstuche	mit Barch.-Unterl., 100 cm breit 47.50, 85 cm	39.50
Damen-Stiefel	imit. Cheverau, mit halbh. Abs., Paar	98.50
Boxk.-Bursch.-Stiefel	36/39, 112.-	98.00
Kinder-Stiefel	in soliden Lederarten, Gr. 27/30	69.50
Kinder-Stiefel	in tadell. Ausführg., Gr. 31/35	79.80

Große Posten **Mako-Kinder-Strümpfe** Reichsware, halbschw. Qual.

Größe 3	4	5	6	7	8	9	10	11
4.75	5.90	6.70	7.30	7.90	8.6	9.20	9.80	10.80

Hans Struve Lübeck, Königstr. 87/89, Ecke Wahmstraße.
Rendsburg — Neumünster — Itzehoe. (21293

Neuer Seeweg
nach den
OSTSEE BÄDERN
mit Salonschnelldampfer „Grille"
des Norddeutschen Lloyd Bremen
Von **Lübeck-Travemünde**
nach **Timmendorfer Strand**
Scharbeutz
Grömitz—Dahme
und **Arendsee-Brunshaupten**
Heiligendamm
Warnemünde
und zurück
Von **Swinemünde**
nach **Zoppot und Danzig**
Regelmäßige Fahrten nach besonderem Fahrplan
Fahrkarten, Fahrpläne und kostenlose Auskunft an Bord des Dampfers, bei den Vertretungen des Norddeutschen Lloyd, allen Lloyd-Reisebüros und den Fahrkartenausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros und des Weltreisebüros Union, Berlin W, Unter den Linden
Norddeutscher Lloyd Bremen
Abteilung Seebäderdienst
(5348

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
(12. Distrikt).
5367
Versammlung
am Freitag, d. 19. August
abends 7½ Uhr,
bei Groth, Kottwitzstr.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. Weiß.
2. Parteiangelegenheiten.
Der Distriktsführer: Werner.

Der Puppendoktor
heilt jede kranke Puppe.
5344) E. Hertel, Hüxstr. 74

Hafer
verkehrsfrei
Dampfmühle
Carl Moll
Alsheide 12—14.
5342) Telephon 324.

Theaterverein Freiheit
von 1906.
Freitag, den 19. August:
Großer
Eröffnungs-Abend
im Konzerthaus „Flora".
Zur Aufführung gelangt:
„Wenn zwei dasselbe tun".
Schauspiel in 4 Akten.
Eintritt 3.— u. 60 ₰ Steuer.
Kinder 1.50 u. ₰ Steuer.
Kassenöffn. 6½, Anf. 7½ U.
5351) Das Komitee.

Hansa-Theater
8 Uhr. 8 Uhr.
Heute Donnerstag und folgende Tage: (5340
Auftreten der neu engagierten
6 Spezialitäten
u. a.:
Gastspiel
des Universalkünstlers
Karl Scherber.

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag, 18. Aug., 7.30 U.:
Hoffmanns Erzählungen.
3. Ab.-Vorst. Buchst. C.
Freitag, 19. Aug., 7 Uhr:
Wallensteins Lager,
Piccolomini, 1. Teil.
3. Ab.-Vorst. B. C. (5323
Sonnabend, 20. Aug., 7.30:
Cavalleria rusticana.
Hierauf: Der Bajazzo.
1. Vorst. Sonnab.-Ab.
Sonntag, 21. Aug., 2.15 U.
1. Fremden-Vorstellung.
Der Maskenball.
Sonntag, 21. Aug., 7.30 U.
Zar und Zimmermann.
Fremden-Abonnement.
Die in den Annahmestellen bestellten Abonnementskarten sind dort im Laufe dieser Woche rechtzeitig in Empfang zu nehmen. Den übrigen Abonnenten werden die Karten durch Nachnahme zugehen ebenfalls bestellte Tageskarten.
Nordische Woche.
Der Vorverkauf für die Nordische Woche ist in vollem Gange. Karten für die Vorstellungen: Fidelio, Meistersinger, Fledermaus sind nur noch in beschränkter Anzahl zu haben. Für alle anderen Vorstellungen sind noch Karten für die verschiedenen Platzgruppen zu haben, worauf ausdrücklich aufmerksam gemacht wird, da gerüchtweise verbreitet wird, sämtliche Vorstellungen wären bereits ausverkauft. (5354

Eimerbier
Freitag von 3 bis 6 Uhr.
Hans Wilcken,
5360) Brauerei.

Bekannt reelles Einkaufshaus!

Kostüme	1200.00, 250.00,	95.00
Röcke	200.00,	38.00
Blusen	180.00	36.00
Herrenanzüge	blau 1200.00,	425.00
Knabenanzüge	275.00,	78.00
Manchesterhosen	132.00	125.00

Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. 4.
Starke Arbeitsstiefel 141.00,
Schaftstiefel 200.00. (5370
5 große Schaufenster! Achten Sie auf die Preise!

Selbst bei Regen
wasserdichte und doch blanke Stiefel
bei Verwendung von **Lavalin**
Mühelos putzend wie 1914
Ueberall zu haben.
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hamm-Rickdingen
Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**
Moltkestraße 1. (5347

Plattdütsche Volksgill to Lübeck.
Sünndag, den 21. August 1921:
Sommer- u. Heimatfest
tör alle plattdütschen Lüd
up de Walkmöhl (Lück).
Anfang Klock 3.
Vördrag: Prof. Krüger.
Vagelscheten, Dubensmiten, Kinnervergnögen,
Kaspertheater un noch allerhand.
Klock 7: Plattd. Theaterstück in'n Frien.
Intritt för Maten 3 Mk., Nichmaten 4 Mk., Schoolkinner fri.
Abends gaat wi mit Musik un Latüchten wedder trüch na'n Brink. (5346

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund.
Ortsausschuß Lübeck.
Freitag, den 19. August 1921, abends 7½ Uhr:
Versammlung
der Delegierten u. Gewerkschaftsvorstände
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.
Tagesordnung:
1. Das Genossenschaftswesen.
Referent: Genosse Nupnau.
2. Bericht der Gewerkschaftshauskommission.
5311) Der Vorstand.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse
Nimmt Riesolda nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier u. Mensch u. Katz' u. Hund.
In ½ Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider- sow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe b. Mensch. u. Tier „Riesolda", g. gesch. Mitt. Wund. unsch. Verk. nur: Heinr. Wiese, Aegidienstr. 4.
Läuse
Preis 5 und 7.50 Mk. (5350

Visitenkarten
liefern Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Wir bieten an:

Nessel, pa. Ware, Mtr. 11.50, 10.90,		10.20
Bettbezüge, 6 Mtr., farb., 96, 87,		75.00
Damastbezüge, 4 Mtr., 180, 172,		144.00
Bettlaken, 2 Mtr., 88.—, 64.—,		45.00
Inlett, 140 Gtm br., pa. Ware, Mtr.		49.50

Außergewöhnlich billig:
Hauskleiderstoffe, 100 Gtm. br., Mtr. 19.50
Walter Griephan & Co.
5371) Lübeck, Hüxstr. 74.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.
Vorstellung
im Stadttheater
am Sonntag, dem 28. August 1921,
nachmittags 2½ Uhr:
Ein Sommernachtstraum
von Shakespeare.
Karten sind ab Sonnabend, dem 20. August, im Gewerkschaftshaus zu haben.
Mitglieder erhalten Karten am Freitag, dem 19. August, abends von 7—8 Uhr daselbst. (5366
Der Vorstand.

Chorverein Lübeck.
Sonntag, den 21. August:
Sommerfest
im „Konzerthaus Lübeck"
mit Kindervergnügen, Preisschießen und Ball.
Das Schießen findet statt vormittags von 11 bis 12 Uhr, nachmittags von 3 Uhr an.
Anfang des Gartenkonzerts 4 Uhr.
Ballanfang 7 Uhr.
Eintritt: Mitglieder à Person Mk. 1.50.
Fremde: Damen Mk. 3.00.
Herren „ 4.00.
Zuschläglich die Steuer. (5366
Mitgliedskarten vorzeigen. Der Festausschuß.

Beilage zu Nr. 192
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 18. August 1921

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 18. August.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Es wird gebeten, schleunigst die Abrechnung der Gewerkschaftskarten vorzunehmen.

Das Gewerkschaftssekretariat.

Achtung, Tiefbauarbeiter, Maschinisten und Heizer! Die Sperre Bahnbau Schartau-Neustadt ist zu Gunsten der Arbeiter aufgehoben. Bericht folgt.

Achtung! Arbeiter der Weichgummi- und Vulkanisierungsbetriebe! Vom Fabrikarbeiterverband Gau Hamburg wird uns geschrieben: Die Arbeiterschaft der Gummifabrik von Arthur Schmidt in Stade befindet sich seit etwa 14 Tagen in einem Abwehrstreik. Es ist uns bekannt geworden, daß die Firma Schmidt versucht, in hiesigen und auswärtigen Weichgummibetrieben und Vulkanisierungsanstalten Autoreifen reparieren bezw. fertigstellen zu lassen. Wir erwarten, daß die Arbeiterschaft der fraglichen Betriebe scharf darüber wacht, daß keine Streikarbeit verrichtet wird. Kollegen! Uebt strengste Solidarität!

Kleinbürgertum und Patriotismus.

Man sollte es nicht für möglich halten, so schreibt dem „Hamb. Echo" ein Angehöriger des sogenannten Mittelstandes, daß es nach dem schrecklichen Erleben des Weltkrieges noch Leute gibt, die alles, aber auch alles wieder vergessen haben, was uns diese fürchterliche Zeit an Menschenleben, Verstümmelten und Krüppeln, Leiden, Entbehrungen und sonstigen Nöten gebracht hat. Aber leider gibt es von diesen Leutchen, die meistens dem Kleinbürgerstand angehören, noch eine viel größere Anzahl als man sich denkt. Wer ab und zu Gelegenheit hat, sich mit diesen Miniaturspießern in eine politische Diskussion einzulassen, der kann Wunder erleben über die Unreife dieser Herren und verzweifelhaft fragt man sich: ist es überhaupt möglich, daß das liebe deutsche Vaterland mit solchem Bürgertum jemals gesunden kann?

Eine eigene Meinung hat ja ein großer Teil des Bürgertums noch nie gehabt; es trottet eben instinktiv immer denjenigen nach, die seinen persönlichen Egoismus aufzustacheln verstehen oder, wie bei der Flaggenfrage, auf die Dummheit und Denkfaulheit dieser Herrschaften spekulieren. So auch jetzt wieder bei der Oberschlesienfrage. Für diese Trabanten steht es jetzt schon felsenfest, daß es deswegen über kurz oder lang wieder zum Kriege kommt, und dann (wie mutig!) „wird sich das Bürgertum wie ein Mann erheben" und nicht nur die Polen, sondern auch die Franzosen dahin bringen, wohin sie gehören.

Betrachten wir uns einmal einige Exemplare dieser Tapferen während der Kriegszeit. Im Laufe des Krieges wurde alles eingezogen, was eben noch Beine hatte, und so rückte auch immer die Zeit näher, daß die Reihe auch an einige mir bekannte Tapferen kam. Natürlich hatte man damit nicht gerechnet. Und siehe da, auf einmal wurde die Ansicht eine andere. Sie wurden eingezogen. Jetzt aber fiel nicht nur das Herz diesen „Patrioten" in die Hose, sondern auch noch „etwas anderes", was sehr unangenehm sein soll. Die aus der Situation geborene Angst brachte es auch mit sich, daß man an sich nun allerlei Fehler und Krankheitssymptome bemerkte, die früher nicht vorhanden waren. Jetzt war guter Rat teuer. Ein altes Sprichwort sagt: „Wer Geld hat, kann den Teufel tanzen sehen!" Deshalb ging die Suche los nach „vertrauenswürdigen" Vorgesetzten. Beim Unteroffizier, dem Stellvertreter Gottes auf Erden, wurde der Anfang gemacht; war die erste Instanz gewonnen, ging es zur zweiten, dritten und vierten. Und siehe da: es glückte. Man ließ es sich ungeheuer viel Geld kosten; aber man blieb in Sicherheit, und zwei Jahre hindurch, und das schönste bei der Sache war noch, daß die Familien dieser gutsituierten Vaterlandsverteidiger reichlich Kriegsunterstützung erhielten; damit konnte man ja auch schön spicken. Wer von den verehrten Lesern kennt nicht solche Fälle!

So sehen diese „Patrioten" aus. Wenn ich mich nun der Ansicht dieser Kriegswütigen, daß es bald wieder zum Kriege kommen wird, anschließen würde (ich tue es allerdings nicht)), so möchte ich schon jetzt die zuständigen Behörden bitten, sich dieser „Patrioten für schwarz-weiß-rot" zu erinnern. Ich bin aber überzeugt, die Hosen würden eine zweite Auflage erleben.

Bebauungsplan in Travemünde.

In Travemünde ist zurzeit Bauland nur noch in geringem Umfange verfügbar. Deshalb ist die Behörde für Travemünde am 11. September 1919 an die Baubehörde mit dem Ersuchen um Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes für Travemünde herangetreten. Nach eingehender Prüfung ist nunmehr der Bebauungsplan nach folgenden Gesichtspunkten aufgestellt: 1. Wohnbebauung. Für die Erschließung von Bauland zu Wohnzwecken kommen in Frage: a) das kleine Gebiet zwischen Stadtbahnhof und Kurgartenstraße; b) das Gebiet am Gneversdorfer Weg; c) das Gebiet an der Travemünder Landstraße nordwestlich der Siechenbucht; d) das Gebiet zwischen Mühlenweg, Niendorfer Bahnstrecke und dem Brodtener Fußweg; e) das Gelände zwischen der Villenkolonie Neu-Travemünde, der Niendorfer Bahnstrecke, Evershof und der Verlängerung der Kaiser-Allee; f) das Gebiet südlich der Mecklenburger Landstraße auf dem Priwall; g) das Gelände beiderseits des Weges nach Teutendorf. Im einzelnen ist hierzu zu bemerken: Die unter a, b und c genannten Gebiete würden als Erweiterung von Alt-Travemünde anzusehen und in ihrer Bebauung entsprechend zu gestalten sein. Das unter d aufgeführte Gebiet zwischen Mühlenweg, der Niendorfer Bahnstrecke und dem Brodtener Fußwege ist die gegebene Erweiterung der Bebauung, wie sie an der Rose und der Fehlingstraße entstanden ist. Das unter e genannte Gelände zwischen Evershof und Neu-Travemünde ist für eine Bebauung mit Sommerhäusern, ähnlich wie in der Villenkolonie Neu-Travemünde, besonders geeignet. Dementsprechend ist die ganze Aufteilung des Geländes großzügiger gehalten. Als Kern der Anlage zieht sich ein Grünstreifen von dem Buchenwäldchen zwischen Seetempel und Ostseehotel durch die niedriger gelegenen Teile bis an den Fuß der Höhen von Evershof. Abgesehen davon, daß bei fortschreitender Entwickelung Travemündes auch eine angemessene Vermehrung der Grünflächen erfolgen muß, wird hierdurch für ein großes Gebiet ein Durchblick nach der See frei gehalten. Auf der abschließenden Höhe ist der Bau größerer Unterkunftshäuser vorgesehen, die hier einen überragenden Ausblick auf die See bieten, ohne ihn den niedrigeren Landhäusern zu entziehen. Die bei der Mündung des Grünstreifens bereits vorhandene Lichtung erübrigt einen größeren Eingriff in den vorhandenen Baumbestand des Wäldchens. Was die Bebauung des unter f aufgeführten Gebietes — des Priwalls — anlangt, so haben wir uns vorläufig darauf beschränkt, eine Parallelstraße zur Mecklenburger Landstraße mit den erforderlichen Querverbindungen vorzusehen. Damit wird dem dringendsten Bedürfnis nach Aufschließung weiteren Baulandes Rechnung getragen. Die weitere Ausgestaltung des Bebauungsplanes für den Priwall kann erst erfolgen, wenn Klarheit über die zukünftige Verwendung des Flugplatzes besteht. Daran ist festgehalten, daß das Gelände nördlich der Landstraße nicht bebaut werden darf. Das im Kirchenbesitz befindliche Gelände unter g am Teutendorfer Weg ist für eine ländliche Siedlung bestimmt, da es wegen seiner Lage auf der Höhe und der guten Möglichkeit zur natürlichen Entwässerung für diesen Zweck außerordentlich geeignet ist. Hier ist auch ein Platz für eine etwa erforderliche Erweiterung oder Verlegung des Travemünder Friedhofes vorgesehen.

2. Verkehrsverbindungen. a) nach Lübeck. Der Verkehr soll möglichst die enge Altstadt umgehen, es ist deshalb eine Durchführung der Landstraße zur Bahnhofstraße vorgesehen. Dies würde auch der geeignetste Weg für die Straßenbahn sein, die durch die Bahnhofstraße, von der Rose ab neben dem Bahnkörper der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft bis zum Strandbahnhof weitergeführt gedacht ist. Es ist auf alle Fälle geboten, durch entsprechende Festlegung im Bebauungsplan die Möglichkeit dieser Durchführung der Straßenbahn offen zu halten, b) nach Gneversdorf. 1. von der Torstraße aus im Verlauf des Gneversdorfer Weges. Es kommt die Schaffung einer zweckmäßigen Einmündung beim Bahnübergang in Travemünde, sowie die gerade Durchführung der Straße durch Gneversdorf in Frage. 2. von der Stadtmitte aus durch Fortführung der Rose bis zum Gneversdorfer Weg. c) nach Brodten. 1. von Alt-Travemünde aus durch Ausbau des bisherigen Fußweges, 2. vom Strandgebiet aus durch Neulegung eines Weges, der von der Fehlingstraße abzweigend neben dem Niendorfer Bahnkörper verläuft, 3. von der Mündung des Strandredders über Evershof. Schließlich ist durch Führung einer promenadenartig gedachten Straße in der Verlängerung des Legerwalls auf Evershof zu eine großzügige Verbindung des neuen Villenviertels mit Neu-Travemünde und dem vorgelagerten Strandgebiet beabsichtigt.

3. Sport- und Spielplätze. Die Ausdehnung Travemündes nach dem vorliegenden Plan erfordert eine entsprechende Ergänzung der Sportplatzanlagen. Es sind vorgesehen: Hockeyplätze, Turn- und Spielplätze für einheimische Vereine und Tennisplätze.

4. Für den Fischereibetrieb Travemündes ist an der Siechenbucht ein besonderes Gebiet vorgesehen. Ein Bahngeleise, das auch für den sonstigen Güterverkehr Travemündes bestimmt ist, soll von der Hauptbahnstrecke abzweigend hier hineinführen. Die Anlage ist in Verbindung mit einem Fischereihafen gedacht.

Die Behörde von Travemünde und die Baubehörde haben dem Plan zugestimmt. Auf Grund dieser Ausführungen stellt der Senat entsprechende Anträge an die Bürgerschaft.

Rasieren u. Haarschneiden

läßt sich jeder organisierte Arbeiter ausschließlich nur in den

fliegenden Rasierstuben

der **streikenden Friseurgehilfen.**

Auch die **Friseusen,** die mit im Kampfe stehen, müssen dort von den Frauen und Mädchen aufgesucht werden!

Arbeiter Lübecks, übt Solidarität!

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

Über eine am 5. August im Gewerkschaftshaus stattgehabte Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten „Fachgruppe Staatsangestellte und Beamte" berichtet die „Hamburger Volkszeitung" in echt kommunistischer Weise. Vom Genossen Haut wird uns dazu geschrieben: Unter anderm wird behauptet, daß ich in dieser Versammlung die Forderung auf Zahlung von einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe von 2000 Mk. usw. als Unfug bezeichnet habe. Wie liegen hier die Dinge? Als Unfug hat mein Kollege John es bezeichnet, daß von seiten einzelner Kollegen Forderungen aufgestellt werden, von denen die Organisation nichts weiß. In dieser Beziehung habe ich den Vorwurf nicht nur aufgenommen, sondern auch meinerseits erklärt, daß ich eine derartige Handlungsweise sogar als „groben Unfug" bezeichnen müsse. Alle Berichterstattungen über diese Versammlung können aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß mein Vorschlag einstimmig angenommen wurde. Sogar die Kommunisten haben dafür gestimmt.

Wie lautete nun der von mir unterbreitete Vorschlag. „Eine im Verein mit den andern Beamtenorganisationen gewählte Kommission wurde dann mit der Formulierung der Forderungen und der Berichterstattung beauftragt." (Wörtlich der „Hamburger Volkszeitung" entnommen). Unter diesen Umständen überlasse ich in bescheidener Weise dem „Kollegen Windisch" gern den „Reichen Beifall", von dem die „Hamburger Volkszeitung" schreibt.

In genau denselben Bahnen „Moskowitischer Berichterstattung" bewegt sich der Bericht der „Hamburger Volkszeitung" v. 16. 8. 21. über die Versammlung v. 10. August in der Zentralhalle. Da die Versammlung durchaus sachlich verlaufen ist und alle von kommunistischer Seite gestellten Anträge mit geradezu überwältigender Mehrheit abgelehnt wurden, müssen die Grundsätze Moskaus: Lüge, Fälschung und Verleumdung, herhalten. Auf diese Weise hofft man Eindruck bei den Nichtbeteiligten zu machen. Die in dem Bericht angeführte Entschließung wurde

Kleider machen Leute.

Erzählung von Gottfried Keller.

An einem unfreundlichen Novembertage wanderte ein armes Schneiderlein auf der Landstraße nach Goldach, einer kleinen reichen Stadt, die nur wenige Stunden von Seldwyla entfernt ist. Der Schneider trug in seiner Tasche nichts, als einen Fingerhut, welchen er in Ermangelung irgendeiner Münze unablässig zwischen den Fingern drehte, wenn er der Kälte wegen die Hände in die Hosen steckte, und die Finger schmerzten ihm ordentlich von diesem Drehen und Reiben, denn er hatte wegen des Fallimentes irgendeines Seldwyler Schneidermeisters seinen Arbeitslohn mit der Arbeit zugleich verlieren und auswandern müssen. Er hatte noch nichts gefrühstückt, als einige Schneeflocken, die ihm in den Mund geflogen, und er sah noch weniger ab, wo das geringste Mittagsbrot herwachsen solle. Das Fechten fiel ihm äußerst schwer, ja schien ihm gänzlich unmöglich, weil er über seinem schwarzen Sonntagskleide, welches sein einziges war, einen weiten dunkelgrauen Radmantel trug, mit schwarzem Samt ausgeschlagen, der seinem Träger ein edles und romantisches Aussehen verlieh, zumal dessen lange schwarze Haare und Schnurrbärtchen sorgfältig gepflegt waren und er sich blasser aber regelmäßiger Gesichtszüge erfreute.

Solcher Habitus war ihm zum Bedürfnis geworden, ohne daß er etwas Schlimmes oder Betrügerisches dabei im Schilde führte; vielmehr war er zufrieden, wenn man ihn nur gewähren und im stillen seine Arbeit verrichten ließ; aber lieber wäre er verhungert, als daß er sich von seinem Radmantel und von seiner polnischen Pelzmütze getrennt hätte, die er ebenfalls mit großem Anstand zu tragen wußte.

Er konnte deshalb nur in größeren Städten arbeiten, wo solches nicht zu sehr auffiel; wenn er wanderte und keine Ersparnisse mitführte, geriet er in die größte Not. Näherte er sich einem Hause, so betrachteten ihn die Leute mit Verwunderung und Neugierde und erwarteten eher alles andere, als daß er betteln würde; so erstarben ihm, da er überdies nicht beredt war, die Worte im Munde, also daß er der Märtyrer seines Mantels war und Hunger litt, so schwarz wie des letzteren Sammetfutter.

Als er bekümmert und geschwächt eine Anhöhe hinaufging, stieß er auf einen neuen und bequemen Reisewagen, welchen ein herrschaftlicher Kutscher in Basel abgeholt hatte und seinem Herrn überbrachte, einem fremden Grafen, der irgendwo in der Ostschweiz auf einem gemieteten oder angekauften alten Schlosse saß. Der Wagen war mit allerlei Vorrichtungen zur Aufnahme des Gepäckes versehen und schien deswegen schwer bepackt zu sein, obgleich alles leer war. Der Kutscher ging wegen des steilen Weges neben den Pferden, und als er oben angekommen den Bock wieder bestieg, fragte er den Schneider, ob er sich nicht in den leeren Wagen setzen wolle. Denn es fing eben an zu regnen und er hatte mit einem Blicke gesehen, daß der Fußgänger sich matt und kümmerlich durch die Welt schlug.

Derselbe nahm das Anerbieten dankbar und bescheiden an, worauf der Wagen rasch mit ihm von dannen rollte und in einer kleinen Stunde stattlich und donnernd durch den Torbogen von Goldach fuhr. Vor dem ersten Gasthofe, zur Wage geannt, hielt das vornehme Fuhrwerk plötzlich, und alsogleich zog der Hausknecht so heftig an der Glocke, daß der Draht beinahe entzweiging. Da stürzten Wirt und Leute herunter und rissen den Schlag auf; Kinder und Nachbaren umringten schon den prächtigen Wagen, neugierig, welch ein Kern sich aus so unerhörter Schale enthüllen werde, und als der verdutzte Schneider endlich hervorsprang in seinem Mantel, blaß und schön und schwermütig zur Erde blickend, schien er ihnen wenigstens ein geheimnisvoller Prinz oder Grafensohn zu sein. Der Raum zwischen dem Reisewagen und der Pforte des Gasthauses war schmal und im übrigen der Weg durch die Zuschauer ziemlich gesperrt. Mochte es nun der Mangel an Geistesgegenwart oder an Mut sein, den Haufen zu durchbrechen und einfach seines Weges zu gehen, — er tat dieses nicht, sondern ließ sich willenlos in das Haus und die Treppe hinangeleiten und bemerkte seine neue seltsame Lage erst recht, als er sich in einen wohnlichen Speisesaal versetzt sah und ihm sein ehrwürdiger Mantel dienstfertig abgenommen wurde.

„Der Herr wünscht zu speisen?" hieß es, „gleich wird serviert werden, es ist eben gekocht!"

Ohne eine Antwort abzuwarten, lief der Wagwirt in die Küche und rief: „Ins drei Teufels Namen! Nun haben wir nichts als Rindfleisch und die Hammelskeule! Die Rebhuhnpastete darf ich nicht anschneiden, da sie für die Abendherren bestimmt und versprochen ist. So geht es! Den einzigen Tag, wo wir keinen Gast erwarten und nichts da ist, muß ein solcher Herr kommen! Und der Kutscher hat ein Wappen auf den Knöpfen und der Wagen ist wie der eines Herzogs! Und der junge Mann mag kaum den Mund öffnen vor Vornehmheit!"

Doch die ruhige Köchin sagte: „Nun, was ist denn da zu lamentieren, Herr? Die Pastete tragen Sie nur kühn auf, die wird er doch nicht aufessen! Die Abendherren bekommen sie dann portionenweise, sechs Portionen wollen wir schon noch herausbringen!"

„Sechs Portionen? Ihr vergeßt wohl, daß die Herren sich satt zu essen gewohnt sind! meinte der Wirt, allein die Köchin fuhr unerschüttert fort: „Das sollen sie auch! Man läßt noch schnell ein halbes Dutzend Kotelettes holen, die brauchen wir sowieso für den Fremden, und was er übrig läßt, schneide ich in kleine Stückchen und menge sie unter die Pastete, da lassen Sie nur mich machen!"

Doch der wackere Wirt sagte ernsthaft: „Köchin, ich habe Euch schon einmal gesagt, daß dergleichen in dieser Stadt und in diesem Hause nicht angeht! Wir leben hier solid und ehrenfest und vermögen es!"

„Ei der Tausend, ja ja!" rief die Köchin endlich etwas aufgebracht, „wenn man sich dann nicht zu helfen weiß, so opfere man die Sache! Hier sind zwei Schnepfen, die ich den Augenblick vom Jäger gekauft habe, die kann man am Ende der Pastete zusetzen! Eine mit Schnepfen gefälschte Rebhuhnpastete werden die Leckermäuler nicht beanstanden! Sodann sind auch die Forellen da, die größte habe ich in das siedende Wasser geworfen, wie der merkwürdige Wagen kam, und da kocht auch schon die Brühe im Pfännchen, so haben wir also einen Fisch, das Rindfleisch, das Gemüse mit den Kotelettes, den Hammelsbraten und die Pastete; geben Sie nur den Schlüssel, daß man das Eingemachte und den Dessert herausnehmen kann! Und den Schlüssel könnten Sie, Herr! mir mit Ehren und Zutrauen übergeben, damit man Ihnen nicht allerorten nachspringen muß und oft in die größte Verlegenheit gerät!"

„Liebe Köchin! Das braucht Ihr nicht übel zu nehmen, ich habe meiner seligen Frau am Todbette versprechen müssen, die Schlüssel immer in Händen zu behalten; sonach geschieht es grundsätzlich und nicht aus Mißtrauen. Hier sind die Gurken und hier die Kirschen, hier die Birnen und hier die Aprikosen; aber das alte Konfekt darf man nicht mehr aufstellen; geschwind soll die Lise zum Zuckerbeck laufen und frisches Backwerk holen, drei Teller, und wenn er eine gute Torte hat, soll er sie auch gleich mitgeben!"

„Aber Herr; Sie können ja dem einzigen Gast das nicht alles aufrechnen, das schlägt's beim besten Willen nicht heraus!".

„Tut nichts, es ist um die Ehre! Das bringt mich nicht um; dafür soll ein großer Herr, wenn er durch unsere Stadt reist, sagen können, er habe ein ordentliches Essen gefunden, obgleich er ganz unerwartet und im Winter gekommen sei! Es soll nicht heißen wie von den Wirten zu Seldwyl, die alles Gute selber fressen und den Fremden die Knochen vorsetzen! Also frisch, munter, putet Euch allerseits!"

Während dieser umständlichen Zubereitungen befand sich der Schneider in der peinlichsten Angst, da der Tisch mit glänzendem Zeuge gedeckt wurde, und so heiß sich der ausgehungerte Mann vor kurzem noch nach einiger Nahrung gesehnt hatte, so ängstlich wünschte er jetzt, der drohenden Mahlzeit zu entfliehen. Endlich faßte er sich einen Mut, nahm seinen Mantel um, setzte die Mütze auf und begab sich hinaus, um den Ausweg zu gewinnen. Da er aber in seiner Verwirrung und in dem weitläufigen Hause die Treppe nicht gleich fand, so glaubte der Kellner, den der Teufel beständig umhertrieb, jener suche eine gewisse Bequemlichkeit, rief: „Erlauben Sie gefälligst, mein Herr, ich werde Ihnen den Weg weisen!" und führte ihn durch einen langen Gang, der nirgend anders endigte, als vor einer schön lackierten Türe, auf welcher eine zierliche Inschrift angebracht war.

Also ging der Mantelträger ohne Widerspruch, sanft wie ein Lämmlein, dort hinein und schloß ordentlich hinter sich zu. Dort lehnte er sich bitterlich seufzend an die Wand und wünschte der goldenen Freiheit der Landstraße wieder teilhaftig zu sein, welche ihm jetzt, so schlecht das Wetter war, als das höchste Glück erschien.

Doch verwickelte er sich jetzt in die erste selbsttätige Lüge, weil er in dem verschlossenen Raum ein wenig verweilte, und er betrat hiermit den abschüssigen Weg des Bösen.

(Fortsetzung folgt.)

mit großer Mehrheit, nachdem ein kommunistischer Antrag, sich über das Reichssperrgesetz hinwegzusetzen, abgelehnt wurde, einstimmig angenommen.

Wie war es nun mit der Einsetzung eines Ausschusses zur Erlangung eines Vorschusses für Winteranschaffungen? Vom Bureau wurden als Vertreter der Afa 3 Kollegen in diesen Ausschuß vorgeschlagen (John, Fischer, Dube). Dieser Vorschlag fand vor den Augen der Moskaujünger keine Gnade, man machte einen andern Vorschlag. Dieser Vorschlag, den der Kollege Voß (Kommunist) machte, lautete Haut!!! Windisch, Exmann. „Erkläre mir, Graf Orindur, diesen Zwiespalt der Natur!"

Lübecks Angestellte und Beamte denken nicht daran, ihr Schicksal dem kommunistischen Wrack anzuvertrauen, sie werden nach wie vor der Richtung folgen, die zwar weniger mit großen Worten, sondern tatkräftig die Interessen aller in Frage kommenden Angestellten und Beamten vertritt. A. H.

•

Das Feuer in der Hüxstraße, welches, wie bereits gestern kurz gemeldet, in dem Hause des Tischlermeisters Rosenquist ausbrach, hat erheblichen Schaden angerichtet. Das Haus ist ein hohes und großes Altlübecker Giebelhaus mit sechs Stockwerken. Die oberen Räume haben aber, wie in vielen alten Giebelhäusern, seit Jahren keine besondere Ausnutzung gefunden. Das Feuer brach kurz vor 2 Uhr in einem der übereinanderliegenden Böden aus und fand an den alten Brettern und Balken reichlich Nahrung. Den mächtigen Rauchwolken folgten bald hoch aus dem Dachstuhl emporschlagende helle Flammen. Die Feuerwehr war sogleich zur Stelle und griff energisch ein. Im ersten Augenblick erschien ihre Tätigkeit erfolglos zu sein. Nachdem aber von den benachbarten Dächern aus die Bekämpfung aufgenommen wurde und eine Motorspritze den hohen Giebel unter Wasser nahm, konnten die Flammen bald gelöscht werden. Man hatte eine bis zum Kanal reichende Schlauchleitung gelegt. Ungeheure Wassermengen wurden in die Glut geschleudert. Nach kaum einer halben Stunde war die Macht des verheerenden Elements gebrochen. Die bedrohten Nachbarhäuser wurden gerettet. Der Dachstuhl des Rosenquistschen Hauses ist dagegen gänzlich vernichtet; völlig verkohlte Balken ragen empor. Die riesigen Wassermassen haben den vom Feuer verschonten Teil des Hauses fast völlig durchweicht. In den oberen Fenstern ist keine Scheibe ganz geblieben. Die unteren Wohnräume sind vorläufig unbewohnbar. Zum Glück blieb die an der Krähenstraße liegende Tischlerwerkstatt vom Feuer verschont. Nach einigen Stunden konnte die Feuerwehr abrücken, da der Brand völlig gelöscht war. Eine riesige Menschenmenge hatte sich in der Nähe der Brandstätte angesammelt. Der Straßenbahnverkehr in der Hüxstraße mußte vorübergehend eingestellt werden.

Notwendigkeit der Verbesserung der Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen in Lübeck. Im Anschluß an eine Denkschrift des Reichspostministers über Forderungen für Telegraphen- und Fernsprechzwecke in den Jahren 1921—25 unterbreitete die Handelskammer dem Senat einen ausführlichen Bericht, in dem sie auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen Lübecks hinwies. Insbesondere hat die Handelskammer auf die Dringlichkeit einer Verbesserung des Nachrichtenschnellverkehrs Lübecks mit Hamburg und weiterhin mit Westdeutschland sowie mit Berlin (der insgesamt auf die Strecke Lübeck-Hamburg angewiesen ist), aufmerksam gemacht und gebeten, mit dem Bau des Kabels Hamburg-Lübeck so bald wie möglich zu beginnen, da die jetzt bis zu 10 Stunden betragenden Wartezeiten bei einem Ferngespräch nach Bremen, Köln oder Düsseldorf für einen prompten Geschäftsverkehr unerträglich sind. Hinzukommt, daß auch die nordischen Länder vielfach zu einer Benutzung der Strecke Hamburg-Lübeck bei Ferngesprächen gezwungen sind. — Ferner hat die Handelskammer gebeten, das Lübecker Fernsprechamt in die Liste der überalterten Aemter aufzunehmen, da seine Einrichtung zum Teil stark abgenutzt sind, und das Amt an der Grenze seiner Ausdehnungsfähigkeit angelangt ist. Zugleich wurde die Einrichtung des auswärts bereits gutbewährten Selbstanschlußbetriebes für Lübeck angeregt.

Papierpreiszuschlag bei Postkarten. Die Post teilt mit: Die von der Postverwaltung neu ausgegebenen Postkarten tragen neben den Wertzeichen den Aufdruck „Papierpreiszuschlag 5 Pfg." Dieser Zuschlag ist bekanntlich seit März dieses Jahres eingeführt und soll der Postverwaltung einen Ausgleich dafür bieten, daß sie dem Versender auch den Kartenvordruck zur Anbringung der Mitteilungen liefert, denn die eingedruckte Marke stellt nur die Gebühr für die Beförderung der Karte nach dem Postgebührengesetz dar. Der Papierpreiszuschlag von 5 Pfg. enthält nicht nur die Kosten des Papiers, sondern auch alle sonstigen Aufwendungen, die bei der Herstellung der Postkarte, abgesehen von dem Abdruck des Wertstempels, entstehen, also namentlich auch die Kosten für Abfall, Beschnitt, Zuschuß, Ausschuß, Lagerung usw. In der Bezeichnung des Zuschlages konnte dies alles nicht zum Ausdruck kommen, weil aus naheliegenden Gründen eine möglichst kurze Angabe zu wählen war. Der Durchschnittsbetrag der Selbstkosten war dann, den jetzigen Geldverhältnissen entsprechend, auf den Betrag von 5 Pfg. aufzurunden. Die Annahme, daß dieser Papierpreiszuschlag lediglich in der Höhe der Papierpreise begründet sei, wäre demnach irrig.

Heftchen mit Postfreimarken. Der Absatz an Freimarkenheftchen ist in letzter Zeit auffällig zurückgegangen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Freimarkenheftchen an allen Postschaltern zum Nennwert bereitgehalten werden. Der Preis der Heftchen beträgt jetzt 8 Mk., bei der bevorstehenden neuen Auflage wegen der darin enthaltenen Marken nach dem jetzigen Gebührensatze 12 Mk. Die Vorzüge der Heftchen liegen auf der Hand. Sie enthalten die für den privaten Briefverkehr des Besitzers erforderlichen gangbaren Markensorten in angemessener Zahl und sind namentlich auf Reisen oder, wenn spät abends oder in früher Morgenstunde nach Schluß der Postschalter oder Ladengeschäfte ein eiliger Brief abgesandt werden soll, von großem Nutzen.

Stadttheater. Donnerstag Wiederholung von Hoffmanns Erzählungen. Freitag, der erste Teil der Wallenstein-Trilogie. Auf die erste Vorstellung im Sonnabend-Ab. weisen wir besonders hin: Cavalleria rusticana und Bajazzo. Träger der Hauptrollen sind in Cavalleria rusticana: die Damen Mattson und Buchholz und die Herren Dietz und Heimberg und in Bajazzo: die Damen Bruhn und die Herren List, d'Antone, Hartmann, Schötge.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 18. August morgens 6 Uhr 18½°; mittags 12 Uhr 19° Celsius.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein Schiffer aus Burg a. F., der sich dadurch des Betruges schuldig gemacht hat, daß er hiesige Aerzte aufsuchte, um von diesen unter schwindelhaften Angaben Geld zu erlangen. — Ebenfalls festgenommen wurde ein hier wohnhafter Arbeiter, der von der hiesigen Staatsanwaltschaft zwecks Strafverbüßung gesucht wurde.

pb. **Mittels Einbruches** gestohlen wurden in der Nacht zum 17. ds. Mts. aus einem Hause am Finkenberg fünf weiße, fast neue Tischtücher, A. G. gezeichnet.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein Ingenieur aus Potsdam, der von der Staatsanwaltschaft Kiel wegen Betruges und Unterschlagung steckbrieflich verfolgt wurde.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Sofortige Wirtschaftsbeihilfe für Beamte. Der Beamtenrat teilt den Hamburger Blättern mit: In Rücksicht auf die Tatsache, daß die Festsetzung der Gehaltsaufbesserungen in Berlin noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, ist beim Senat beantragt worden, einstweilen auf die in Aussicht stehenden Zuschüsse sofort einen Vorschuß von 2000 Mark zu zahlen. Der Senat, der grundsätzlich nicht abgeneigt ist, diesem Wunsche der Beamtenschaft zu entsprechen, wird in Berlin feststellen, in welcher Höhe ein solcher Vorschuß, ohne mit dem Sperrgesetz oder den späteren Beschlüssen in Widerspruch zu geraten, geleistet werden kann. Damit hat der Beamtenrat die Forderungen der einzelnen Beamtenausschüsse zu den seinigen gemacht und scheint sie der nahen Erfüllung entgegenzuführen.

Hamburg. Eine kommunistische Kampagne. Der Arbeitgeberverband ist in der Lage, folgendes Rundschreiben der kommunistischen Partei den Unternehmern zu übermitteln, und diese spielen jetzt das Schreiben gegen ihre Arbeiter aus:

Hamburg, den 9. August 1921.

An die Aktionsausschüsse und Betriebsräte!

Im Verfolg der gestrigen Versammlung der Aktionsausschüsse muß sich in einem Punkt unsere Taktik ändern. Es ist für die drei Bezirke Wasserkante, Bremen und Hannover beschlossen, daß eine gemeinsame Kampagne einsetzt, und zwar soll nicht das Hauptgewicht gelegt werden auf eine Betriebsräteversammlung und einen Rätekongreß (da hierdurch den Gewerkschaftlern die Möglichkeit gegeben wird, sich hinter die Betriebsräte zu verschanzen und alle Beschlüsse der Belegschaften und Gewerkschaftsversammlungen abzulehnen), vielmehr müssen wir in diesen Kämpfen mit allen Mitteln die Gewerkschaften zwingen, die Führung einheitlicher Lohnkämpfe in die Hand zu nehmen.

Das hierfür notwendige Material kann ab Mittwoch, den 17., im Parteibureau abgeholt werden. Morgen abend wird weiteres Material nicht ausgegeben. In der Zwischenzeit müßt Ihr in den Betrieben alle Vorbereitungen treffen, damit Anfang nächster Woche eine Betriebsversammlung stattfindet, zu der dann unsere Anträge vorliegen. Mit den übrigen Genossen des Aktionsausschusses und den kommunistischen Betriebsräten mußt Du Dich sofort zur Erledigung in Verbindung setzen. Das Ziel unserer ganzen Kampagne wird sein, den ADGB. in ganz Deutschland zu einem einheitlichen Vorgehen, zu einheitlichen Lohnkämpfen zu zwingen, die ausgebrochenen Lohnkämpfe zusammenzufassen und eine allgemeine Lohnbewegung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten mit dem Ziel der hundertprozentigen Lohnerhöhung durchzuführen. Ihr müßt unbedingt dafür sorgen, daß in diesen Tagen die „Hamburger Volkszeitung" in den Betrieben regelmäßig durch unsere Abonnenten weitergegeben wird, damit die Arbeiter orientiert sind. Komm. Gruß! Franke.

Dieses Rundschreiben hat schon, wie das „Hamb. Echo" schreibt, seine Wirkung getan. So hat, um nur ein Beispiel zu nennen, die Belegschaft der Altonaer Waggonfabrik eine im Sinne des Rundschreibens gehaltene Entschließung angenommen. Bezeichnend ist übrigens, daß der Arbeitgeberverband rechtzeitig von dieser neuesten kommunistischen „Aktion" unterrichtet ist.

Die Notlage der Arbeitnehmerschaft parteiagitatorisch auszunutzen, wie es jetzt wieder KPD. beabsichtigt, ist der Gipfel parteipolitischer Gemeinheit. Die Gewerkschaftsgenossen werden sich aber auf diesen neuen kommunistischen Leim nicht einlassen. Er bringt keine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer, sondern er dient — weil er in seiner Auswirkung nur die wirtschaftlichen Organisationen und den inneren Zusammenhalt der Gewerkschaften schwächt— nur dem arbeitnehmerfeindlichen Unternehmertum. Und das ist anscheinend auch die Absicht dieser kommunistischen Dunkelmänner. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Taktik zur Durchsetzung aufzustellender Forderungen ist Aufgabe der Gewerkschaftler selbst und nicht irgendeines zusammengelaufenen Personenkreises, der sich „kommunistischer Aktionsausschuß" nennt. Das Zirkular läßt deutlich erkennen, daß es der kommunistischen Partei nicht darauf ankommt, der Arbeiterschaft wirklich zu helfen, sondern sie in neues Unglück hineinzujagen. Die Leichen der Märzaktion sind anscheinend schon wieder in Vergessenheit geraten.

Kiel. Vor schweren wirtschaftlichen Kämpfen im Kleingewerbe? Die Unternehmer wollen über eine Lohnzulage nicht verhandeln! Das ist das Ergebnis der wochenlangen Bemühungen des Kieler Gewerkschaftskartelles, mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber über die Bewilligung einer Teuerungszulage für alle Berufsgruppen zu Verhandlungen zu kommen. Aus den nichtigsten Gründen wurde das Erscheinen zu einem vom Lohn- und Arbeitsamt angesetzten Termin, der am Sonnabend voriger Woche stattfinden sollte, abgelehnt. Die Arbeiterschaft ist über dieses Verhalten der Arbeitgeber äußerst empört. Es droht ein allgemeiner Kampf auszubrechen.

Kiel. Die „Mißernte" in Schleswig-Holstein. Unserm Kieler Parteiorgan wird geschrieben: Seit einigen Tagen wetteifern landwirtschaftliche Kreise in ihrer Presse in der Feststellung, daß in Schleswig-Holstein eine Mißernte zu erwarten und demzufolge die Verpflichtung der geforderten Getreideumlage nicht zu erfüllen sei. Man ist im Zweifel, was man mehr bewundern soll, die Unverfrorenheit oder die Naivität der Landwirte, mit der sie glauben machen wollen, es sei nichts gewachsen. Das kann man allerdings nur Leuten erzählen, die absolut keine Ahnung von der Landwirtschaft haben, nicht aber einem Praktiker. Zugegeben sei, daß auf dem Mittelrücken nach Norden allerdings eine geringe Ernte ist. Das Gegenteil beobachtet man aber auf etwas besserem Boden. Weizen und Roggen stehen da ausgezeichnet, Hafer und Gerste stellenweise etwas dünn, meistens auch gut mittel. Der Ertrag an Roggen und Weizen ist jedenfalls sehr gut. Ein Probedreschen im Kreise Stormarn ergab genau 14 Korn auf Boden dritter Klasse, Hinterkorn und Verlust abgerechnet. Gewiß ein Resultat, das wohl selten ist. Aber schreien, dem Laien Sand in die Augen streuen und möglichst keine oder wenig Steuern zahlen war ja schon immer bei den Herren von Ar und Halm die Parole. Die Agrarier rechnen ja schon jetzt fest mit einem Preise von 450 Mk. pro Doppelzentner Brotgetreide im freien Handel. Ebenso steht es mit der Milchwirtschaft. Die Butter wird vielfach direkt nach den Badeorten versandt, wo man 20 Mk. und noch mehr anstandslos zahlt. Zur Auktion kommt sehr wenig Butter, die Notierung ist infolgedessen hoch. Die Agrarier folgern, die Milch muß noch höher im Preis. So schiebt eins das andere. Welche Gewinne aber die Agrarier einheimsen, ist nur zu bekannt, betrachtet man den Luxus in jenen Kreisen gegen früher, so kann man sich leicht ein Bild von den Verdiensten machen. Dafür nur ein Beispiel: Ein junger Landmannssohn erzählte uns ganz ungeniert, daß er auf dem letzten Ball 2000 Mark mit seinem Mädchen verbraucht habe. — So sieht die Not der Landwirtschaft aus, aber Schreien, Schreien und nochmals Schreien ist und war stets die Hauptsache bei den Agrariern. Was kümmert es die Herren, ob die minderbemittelte Bevölkerung in den Städten die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte zahlen kann oder nicht, wenn sie nur ihren Geldbeutel füllen können.

Eckernförde. Der Sturmlauf der Agrarier. Zur Getreide-Umlage nahm in einer stark besuchten Versammlung der Eckernförder landwirtschaftliche Verein Stellung. Allseitig wurde betont, daß es ganz unmöglich sei, die geforderten 88 000 Doppelzentner zu liefern, und daß es eine Verlängerung der Kriegswirtschaft sei, wenn den Landwirten immer wieder Zwang auferlegt werde. Die Herrschaften lassen nicht locker, bis sie auch den letzten Rest der Zwangswirtschaft beseitigt haben.

Warnemünde. Gerammt. Am Sonnabend wurde das Motorboot „Margarete", das den Personenverkehr zwischen hier und Rostock vermittelt, als es am Bollwerk vertaut lag, von einem Timmendorfer Fischerboot gerammt. Das Motorboot wurde an der Reeling beschädigt und der Führer dieses Bootes im Gesicht verletzt.

Lüneburg. Schäfer Ast, der berühmte Wunderdoktor von Radbruch, ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Vor einigen Tagen erkrankte er so schwer, daß er bekannt geben mußte, er könne keine Besuche mehr empfangen, sondern nur noch brieflich Rat erteilen. Seit etwa 30 Jahren übte Ast seine Praxis aus und gelangte zu einer weit über die Grenzen seiner Heimatprovinz hinausgehenden Berühmtheit. Aus allen Teilen Deutschlands, ja selbst aus dem Auslande kamen Kranke, die sich von ihm hei-

Arbeiter und Bürger.

Von Dr. Werner Peiser.

Bei allen Erwägungen nichtsozialistischer Politiker, wie man über die geistigen und materiellen Krisen der Gegenwart am besten hinwegkommen könne, spielt das Problem des Klassengegensatzes eine bedeutsame Rolle. Diese Tatsache darf nicht unterschätzt werden: während die bürgerlichen Politiker noch vor wenigen Jahren die Richtigkei der marxistischen Auffassung von dem Klassencharakter des kapitalistischen Staates bestritten, ja sie überhaupt nach keiner Richtung hin anerkennen wollten, haben die Lehren der Revolution sie offenbar eines Besseren überzeugt und ihnen den fundamentalen Gegensatz zwischen den beiden großen Klassen des Gegenwartsstaates zur Erkenntnis gebracht.

Die Behandlung des Problems wird von bürgerlicher Seite stets im Sinne einer bestimmten Tendenz vorgenommen, gleichgültig ob die Untersuchung von demokratischer oder konservativer Seite erfolgt. Das Ziel aller Behandlungen dieser Frage ist jedesmal der Versuch, eine Versöhnung zwischen Arbeiter und Bürger herbeizuführen, und während die gemäßigten bürgerlichen Politiker sich schon damit zufrieden geben würden, ein friedliches Nebeneinanderarbeiten beider Klassen zu erreichen, fordern die Extremen die Herstellung einer „deutschen Einheitsfront".

Die Sozialdemokraten können diesen bürgerlichen Untersuchungen zwar mit großer Ruhe zusehen, da sie ihre Unrichtigkeiten auf Grund ihrer andersartigen Einstellung zum Gegenwartsstaat erkennen; und doch scheint es notwendig, gerade in diesem Augenblick, dem Zeitpunkt der größten Klassenverschiebungen, die wir seit Jahrzehnten erlebt haben, zu dem Problem Stellung zu nehmen.

Unsere Fragestellung hat zu lauten: Ist eine Versöhnung zwischen Arbeiter und Bürger möglich? Wenn ja, auf welchem Wege hat sie zu erfolgen, welches ist ihr Ziel? Wenn nein, welche Folgen hat dies, wie haben sich beide Klassen zu einander zu stellen, was wird der Ausgangspunkt der Entwickelung sein?

Die Aussöhnung zweier Klassen bedingt — nach einfachen logischen Grundgedanken — zunächst das Vorhandensein von Gegensätzen. Es bedarf keiner langen Untersuchung, ob diese Gegensätze zwischen Arbeitern und Bürgern vorhanden und auf welchen Gebieten sie liegen. Der Proletarier weiß längst, daß er zwar nicht in dem einzelnen Bürger, nicht in dem einzelnen Kapitalisten seinen Feind zu erkennen und zu bekämpfen hat, sondern daß seine Einstellung sich gegen die Klasse richtet. Schon hieraus zeigt sich, daß die bürgerlichen Theoretiker, die eine Versöhnung zwischen Arbeitern und Bürgern predigen, sich einer falschen Problemstellung schuldig machen, indem sie den Klassencharakter des Verhältnisses übersehen. Der Gegensatz zwischen Arbeitern und Bürgern oder, wie wir jetzt sagen müssen, zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse des Bürgertums mag zwar aus individuellen Beziehungen und persönlichen Gegensätzen hervorgegangen sein — man denke an die Reibungen zwischen Meistern und Gesellen zu Beginn der kapitalistischen Entwickelung in den deutschen Städten — mit zunehmender Kooperation und Spezialisierung der Arbeit begann jedoch der Gegensatz einen Klassencharakter anzunehmen, der sich bis in die Gegenwart hinein nicht gemindert, sondern verschärft hat.

Die Frage, wie sich die beiden Klassen in Zukunft zueinander stellen werden, ist keine Frage der Ethik des reinen Willens, sondern ist eine Frage der ökonomischen Entwicklung und der aus ihr erwachsenden geistigen Folgen. Im Augenblick sprechen alle Zeichen für eine stark anwachsende Konzentration des Kapitals; das bedeutet eine Zunahme der Verelendung auf der einen, des wachsenden Reichtums auf der anderen Seite. Es bedeutet aber auch eine steigende Zahl der nichtbesitzenden und eine sinkende Zahl der besitzenden Klasse. Kurz alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Marxsche Konzentrationstheorie, die namentlich bürgerliche Nationalökonomen totsagen zu können vermeinten, in Zukunft eine geradezu überraschende Bestätigung finden wird. Indem wir auf diesem Wege die künftige Entwickelung in großen Zügen umreißen, erledigt sich der erste Teil unserer Frage, die lautete, ob eine Versöhnung zwischen Arbeitern und Bürgern möglich sei. Wenn die Klassengegensätze der Vergangenheit eine solche Versöhnung unmöglich machten, wenn die Gegenwart mit ihrer ständig sich zuspitzenden Gegensätzlichkeit die Aussöhnung schwieriger gestaltete als je, so müssen wir zwingend folgern, daß bei gleichbleibendem Entwickelungsprozeß für die Zukunft die Aussöhnungsmöglichkeit gleich Null zu werten sind.

Es bleibt zu untersuchen, welche Folgen dies haben wird. Es ist eine falsche Auffassung, die leider in unrichtiger Auslegung der sozialistischen Lehre von der Proletarisierung der Menschheit genährt wurde, daß in der sozialistischen Gesellschaft alle Menschen Poletarier in dem Sinne sein werden, wie wir den Proletarier des kapitalistischen Gegenwartsstaates kennen. Richtig ist selbstverständlich, daß die sozialistische Gesellschaft keine bürgerlichen Drohnen kennt, und das Prinzip: „Sozialismus ist Arbeit" hat gerade in der letzten Zeit seine besondere Bestätigung gefunden. Auch heute ist die Sozialdemokratie der Ueberzeugung, daß das Bürgertum einer versinkenden Schicht angehört; größere und größere Kreise proletarisieren, verelenden und schließen sich — freiwillig oder unfreiwillig — dem Proletariat an. Das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Klassen verschiebt sich fortgesetzt. Je stärker also das Proletariat wird, um so schwächer wird das Bürgertum, und deshalb können wir heute mit ziemlicher Gewißheit sagen, daß die endgültige Auseinandersetzung zwischen den beiden Klassen nicht in der noch von Marx für möglich gehaltenen Form des blutigen Kampfes vor sich gehen wird.

So können wir heute schon die Tendenzen in ihren Grundzügen erkennen, die die sozialistische Wirtschaft maßgebend beherrschen werden: den Gegensatz, der sich heute überall bemerkbar macht, wird sie nicht kennen. In ihr wird es nur Arbeiter geben; aber nicht im Sinne einer ausgebeuteten und verelendeten Klasse, die sich in ständigem Existenzkampf befindet, sondern im Sinne einer wirtschaftlich und geistig freien Gemeinschaft, die, ohne durch Klassengegensätze gehemmt zu sein, in gemeinsamer Arbeit die hohen Ziele des Sozialismus zu verwirklichen berufen ist.

len lassen wollten und trotz allen Höhnens und Spöttelns, das der Wunderdoktor über sich ergehen lassen mußte, hat der Zustrom von hilfsbedürftigen Menschen nicht nachgelassen. Im Gegenteil wurde er von Jahr zu Jahr stärker und hat angedauert, bis auch diesem Wunderdoktor nun der allmächtige Tod ein Ziel setzte. Radbruch aber, das noch vor 30 Jahren ein kleines unbedeutendes Dorf mit wenigen strohgedeckten Häusern war, hat sich in der Zeit zu einem blühenden Dorf mit prachtvollen Häusern entwickelt, denn die zuströmenden Fremden, von denen gar manche tagelang auf eine Sprechstunde bei Ast warten mußten, füllten nicht allein die Kasse Asts, sondern auch die der übrigen Dorfbewohner, die alle entbehrlichen, ja oft genug auch die unentbehrlichen Räume zur Aufnahme der Fremden bereit stellten. Ein französisches Sprichwort sagt: „Der König ist tot, es lebe der König!" Noch hatte Ast die Augen nicht geschlossen, da fand sich auch schon ein Nachfolger für ihn ein. Der frühere Sanitätswachtmeister Hebenstreit hat sich als Heilkundiger in Radbruch niedergelassen und versucht nun nach Astscher Weise durch Prüfung der Nackenhaare und des Urins die Ursachen der Krankheiten festzustellen und zu helfen. Ob er es auch zu einer solchen Berühmtheit bringen wird, wie sein Vorgänger?

Stade. Entgleister Zug. Auf der Neubaustrecke Verden-Rotenburg entgleiste ein Arbeiterzug beim Bahnhof Westerwalsede. Mehrere Wagen sprangen aus dem Gleise und wurden umgeworfen. Zehn Arbeiter wurden leicht, drei andere durch Knochenbrüche erheblich verletzt. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht festgestellt.

Oldenburg. Zur Milchversorgung. Da die Versorgung der Städte mit Frischmilch infolge des Rückganges der Milchanlieferung bei den Molkereien gefährdet ist, hat die Landesfettstelle eine wichtige Bekanntmachung erlassen, die nichts weniger bedeutet, als daß der freie Handel mit Vollmilch wieder aufgehoben ist. Alle Kuhhalter, die bis zum 18. Mai verpflichtet waren, die in ihren Betrieben erzeugte Vollmilch an Molkereien oder sonstige Empfangsstellen abzuführen, werden erneut zur Ablieferung sämtlicher Vollmilch verpflichtet. Zuwiderhandlungen unterliegen einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark. — Vier Menschen bei einem Gewitter umgekommen. Bei einem schweren Unwetter, das an der holländischen Grenze niederging, schlug in Bechtern der Blitz in ein Haus. Das Elternpaar, das an der Haustür saß, wurde von dem Blitzstrahl erschlagen. Bei dem Brande, der das Anwesen einäscherte, fanden die beiden Kinder des Elternpaares den Tod in den Flammen.

Gewerkschaften.

Der Kampf gegen den Urlaub.

Dem „Proletarier" Nr. 31 (Organ des Fabrikarbeiterverbandes) entnehmen wir eine interessante Stellungnahme des Syndikus Dr. Schmalz vom Allgemeinen Arbeitgeberverband zur Urlaubsfrage. Wir sagen ausdrücklich „Urlaubsfrage", denn um eine solche scheint es sich bei Herrn Dr. Schmalz trotz aller diesbezüglichen Tarifabmachungen noch immer zu handeln. Die Ausführungen dieses Syndikus und der Kommentar des „Proletariers" sind unseres Erachtens so interessant und wichtig, daß sie die Aufmerksamkeit weiter Kreise der Arbeiterschaft verdienen. Wir bringen daher folgenden Auszug aus dem Artikel zur Kenntnis:

„In der „Farbenzeitung" vom 9. Juli bespricht der Syndikus des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für Hamburg, Dr. Schmalz, das Anrecht der Arbeiter auf Urlaub nach unseren „Rechtsgrundsätzen". Seine Betrachtungen beginnen mit folgendem Satz: „Es herrscht in Arbeitgeberkreisen immer noch keine genügende Klarheit darüber, daß gesetzlich ein Urlaubsanspruch der Arbeitnehmer nicht besteht." Er hebt dann aber hervor, daß Tarifverträge heutzutage meist Bestimmungen über Urlaubsansprüche der Arbeiter enthalten. Daß diese Bestimmungen gesetzliche Rechtsansprüche für die Arbeiter darstellen, scheint Herrn Schmalz entgegen zu sein, der das Rad der Zeit gern zurückdrehen möchte.

Herr Schmalz sagt dann weiter, daß er nicht auf die mehr oder weniger zutreffende Begründung der Urlaubsansprüche eingehen will, auch nicht auf die Höhe des zu gewährenden Urlaubs, sondern nur zwei Zweifelsfragen herauszugreifen beabsichtigt, und zwar die Gewährung des Urlaubs bei Kurzarbeit und Urlaubserteilung nach Entlassung. Zu 1 stellt er die Frage: „Hat ein Arbeitnehmer, dem tariflich ein Urlaubsanspruch unter Fortzahlung des Stundenlohnes zusteht — wenn er den Urlaub in Zeiten gestreckter Arbeit antritt — Anspruch auf Zahlung des vollen Lohnes oder nur desjenigen Lohnes, der den mit gestreckter Arbeitszeit arbeitenden Arbeitnehmern ausgezahlt wird?" Diese Frage ist nach Schmalz nach letzterem Sinne zu beantworten. Wir möchten den Herrn darauf hinweisen, daß seine Schlußfolgerung trotz aller Eindeutigkeit und Kühnheit falsch ist. Als Beweis setzen wir hier den Wortlaut des § 12 des Reichsvertrages für die chemische Industrie her. Er lautet: „Alle Arbeiter erhalten nach mindestens einjähriger ununterbrochener Tätigkeit in demselben Betriebe unter Fortzahlung des Tagelohnes, das heißt des Achtfachen des normalen Stundenlohnes, Urlaub." Er beträgt unter genauer Angabe der Beschäftigungsdauer vier bis zwölf Arbeitstage.

An diesen Bestimmungen kann nicht gerüttelt werden. Die vertragschließenden Parteien haben das auch zum Ausdruck gebracht, und ein Arbeitgeber, der bei Kurzarbeit in der chemischen Industrie den Urlaub der Arbeiter nach Schmalz beschränken wollte, würde durch die Schiedsinstanzen der Tarifbestimmungen zur Gewährung des vollen Urlaubs angehalten werden. Im Weigerungsfalle müßten die ordentlichen Gerichte dem Spruch der Schlichtungsinstanzen beitreten.

Die zweite Frage formuliert Dr. Schmalz so: „Hat ein Arbeitnehmer, der vor dem ihm an sich zustehenden Urlaub entlassen wird, Anspruch auf Urlaub beziehungsweise Geldentschädigung?" Seine Antwort lautet: „Diese Frage ist äußerst umstritten." Die Mehrzahl der Gerichte soll in neuerer Zeit die Frage verneint haben. Dr. Schmalz führt aber schwereres Geschütz auf und erbringt den Beweis, daß in solchen Fällen der Arbeiter kein Anrecht auf Urlaub hat. Geldentschädigung kann er auch nicht verlangen, weil eine Geldentschädigung nicht ausbedungen ist. Sehen wir uns die Beweisführung etwas näher an. Der entlassene Arbeiter soll auf den bereits erworbenen Urlaub kein Anrecht haben, wenn er bereits entlassen ist, weil ein entlassener Arbeiter naturgemäß einen Urlaub gar nicht mehr antreten kann. Wir stellen dem entgegen, daß der Arbeiter durch die im Betriebe erfolgte Betätigung einer bestimmten Zeitspanne sich das Anrecht auf Urlaub erworben hat. Wäre die Ansicht von Dr. Schmalz richtig, hätte es jeder Arbeitgeber in der Hand, den erworbenen Urlaub des Arbeiters durch Entlassung auszuschalten. Das wollten die vertragschließenden Parteien sicher nicht. Sie haben im Tarif ein gesetzliches Recht geschaffen, daß Dr. Schmalz nicht hinwegjuristen kann. Ist durch Entlassung die Gewährung des Urlaubs nicht mehr möglich, muß an dessen Stelle die Geldentschädigung treten, die dem Arbeiter den Genuß des Urlaubs, gleichgültig, ob er arbeitslos ist oder sich bereits wieder in Arbeit befindet, ermöglicht. Ein Jurist, der zu einer anderen Auffassung kommt, stellt die Rechtsbegriffe bewußt auf den Kopf. Er wird bei keinem Gericht Gegenliebe finden, solange die Vertragskontrahenten zu ihren selbstgeschaffenen Gesetzen stehen. Das ist aber von allen anständigen Menschen vorauszusetzen."

Da man über die letztgenannte Eigenschaft bei manchen Menschen im Zweifel sein kann, wird es zweckmäßig sein, dem Herrn Dr. Schmalz ganz unzweideutig klar zu machen, daß der Urlaub für organisierte Arbeiter keine Frage mehr ist, sondern ein gelöstes Problem, an dem nur noch im sozial vorwärtstreibenden Sinne gedeutelt werden darf.

Kasseler Eisenbahnerstreik. Um den Eisenbahnarbeiterstreik beizulegen, fanden, wie WTB. meldet, zwischen der Eisenbahndirektion einerseits und Vertretern der Arbeiterorganisationen und den Bezirksbetriebsräten anderseits Verhandlungen statt, zu denen der Reichsverkehrsminister und die Arbeiterverbände je zwei Vertreter entsandt hatten. Nach langen Verhandlungen einigte man sich dahin, daß die Arbeiter am 17. August früh die Arbeit wieder aufnehmen. Lohn für die Streiktage wird nicht bezahlt. Der Forderung, den Zeitlohn der Betriebsarbeiter dem Einkommen der im Gedinge arbeitenden Hauptwerkstättenarbeiter durch eine Lohnzulage mit rückwirkender Kraft auszugleichen, konnte nicht stattgegeben werden. Dagegen wurde zugesagt, die allgemeinen Teuerungsmaßnahmen zugunsten der Beamten und Arbeiter möglichst zu fördern, und die Frage zu prüfen, wie bei der Einführung des Gedingeverfahrens die mittelbar daran beteiligten Arbeiter zu entlohnen seien. Auch soll nach Abschluß der allgemeinen Teuerungsmaßnahmen eine Prüfung der landwirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk Kassel vorgenommen werden.

Vor einem Metallarbeiterstreik in der Provinz Sachsen. In einer in Halle abgehaltenen Versammlung von Metallarbeitern wurde beschlossen, für kommenden Freitag den Ausstand in der Provinz Sachsen zu proklamieren, falls bis zum Donnerstag nachmittag von den Arbeitgebern in der Lohnfrage keine befriedigenden Zugeständnisse von der Regierung gemacht sind.

Streik französischer Textilarbeiter. 40 000 Textilarbeiter in Roubaix und Tourcoing werden am 16. August in einen Lohnstreik treten.

Drohender Streik in der englischen chemischen Industrie. Für den 27. August droht ein Lohnstreik in der chemischen Industrie.

Der diesjährige Ortskrankenkassentag.

kr. Die Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen findet vom 21. bis 23. August in Hannover statt. Es ist die 25., also eine Jubiläumstagung des Verbandes. Dementsprechend sind auch alle Veranstaltungen ausgestaltet. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige. Der bereits erschienene Geschäftsbericht des Verbandes ergibt, daß dieser 20 einzelne Unterverbände mit annähernd 1400 Kassen umfaßt, die rund 6½ Millionen Mitglieder zählen. Es ist dies fast die Hälfte aller gegen Krankheit versicherten Personen. Ueber die Ausgestaltung der Kassenleistungen spricht Verbandsvorsitzender Fräßdorf-Dresden und Direktor Albert Kohn-Berlin. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Einführung der Familienhilfe, die zwar bei vielen Kassen schon in der Form der freiwilligen Mehrleistungen besteht, die aber nach den Forderungen des Verbandes zur allgemeinen gesetzlichen Pflichtleistungen der Krankenversicherung erhoben werden soll. Auch sonst wird es notwendig sein, in die zurzeit recht vielgestaltigen Leistungen der Kassen eine größere Einheitlichkeit zu bringen. Wesentliche Fortschritte in der Verbesserung der Krankenversicherung werden erst möglich sein, wenn endlich einmal eine gesetzliche Regelung der Arztfrage vorgenommen wird, die auch die Krankenkassenverwaltungen befriedigt. Deshalb bildet ganz mit Recht die „Arztfrage" den dritten Punkt der Tagesordnung. Es folgen dann Verhandlungen über das Reichsversorgungsgesetz, weil die Krankenkassen insofern zu seiner Durchführung herangezogen worden sind, indem sie sämtlichen Kriegsbeschädigten die Heilfürsorge zu leisten haben. Die Neuregelung des Hebammenwesens, an der im Hinblick auf die Wochenhilfe und Wochenfürsorge die Krankenkassen ebenfalls ein starkes Interesse haben, bespricht Landtagsabgeordneter Meyer. Den Rest der Verhandlungen bilden Angelegenheiten des inneren Geschäftsbetriebes der Kassen, wie Regelung der Anstellungsbedingungen der Kassenangestellten, die Arznei- und Heilmittelversorgung usw. Wir werden über die Tagung am Schluß zusammenfassend berichten.

Der 9. internationale Metallarbeiter-Kongreß.

Luzern, 11. August.

tk. Für den 10. August war vom schweizerischen Verband ein Ausflug des Kongresses auf den Pilatus arrangiert. Dieses unvergeßlichen Erlebnisses gedachte der Präsident, als welcher der Belgier Solau amtet, bei der Eröffnung der Sitzung.

Die österreichische Delegation hat eine Resolution zugunsten der in Ungarn drangsalierten Arbeiter eingebracht, die Domes (Wien) begründete. Die eingekerkerten Genossen in Ungarn sollten zwar durch eine Amnestie begnadigt werden, aber unter der Bedingung, daß sie nach Rußland auswanderten. Wenn sie darauf nicht eingingen oder ein anderes Land als Exil wählten, solle die Amnestie keine Geltung haben. Nun befinden sich unter den also Begnadigten Gewerkschafter wie Dovchak, Balaki und Haubrich, die keinerlei Neigung für Rußland hätten. Die Aktion des internationalen Gewerkschaftsbundes, so unvollkommen sie auch noch gewesen sein möge, habe immerhin die ungarische Regierung von der Hinrichtung der früheren Rätemitglieder abgeschreckt. Es gelte, das segensreiche Werk der Gewerkschaften fortzusetzen.

Die Resolution der österreichischen Delegierten, worin Hilfe für die begnadigten Metallarbeiter durch den internationalen Bund zugesagt wird, fand den einstimmigen Beifall des Kongresses.

Die englische Delegation hat eine Resolution bezüglich der achtstündigen Arbeitszeit vorgelegt, worin der Kongreß die Landesverbände

zur Einhaltung des Achtstundentages als Maximalgrenze der täglichen Arbeitszeit auffordert. Er sieht in der Leistung von Ueberstunden, soweit sie in der Folgezeit durch entsprechende Freizeit nicht abgelöst werden, eine große Gefahr für den Achtstundentag . . . .

Brandes (Deutschland) sagt, die Resolution begründend, der Achtstundentag sei trotz Washington noch nicht allgemein eingeführt. Mehrfach werde versucht, den Achtstundentag durch Ueberstunden illusorisch zu machen, was schon wegen der Arbeitslosigkeit verurteilt werden müsse. — Die Resoluiton fand einstimmige Annahme.

Dem Verlangen der amerikanischen Organisationen, die Herstellung von Munition zu verweigern, wird durch Bekräftigung der im Vorjahre zu Kopenhagen angenommenen gleichlautenden Entschließung Rechnung getragen mit der Hinzufügung:

Der Kongreß in Luzern fordert außerdem die Metallarbeiter aller Länder auf, in enger Verbindung mit der gesamten Arbeiterklasse den Kampf gegen den Militarismus und Kapitalismus fortzusetzen, so daß die in der Munitions- und Kriegsmaterialerzeugung tätigen Arbeiter in der Friedensproduktion Beschäftigung finden. Der Kongreß verpflichtet darum alle Sektionen, die Propaganda zu steigern, um die Kriegsfabrikation stufenweise durch Friedensproduktion zu ersetzen.

Die einstimmige Annahme der Resolution wird vom Kongreß mit lautem Beifall aufgenommen. Die gleiche Einhelligkeit findet die sogenannte Friedensresolution, die die Besetzung fremden Landes, Vergewaltigung der Neutralität oder Unabhängigkeit eines Volkes und die offene oder versteckte Intervention in das Bestimmungsrecht anderer Völker verurteilt.

In einem Antrag des Franzosen Merrheim wird der Kongreß auf eine Unerquicklichkeit in dem Verhältnis der französischen und belgischen Arbeiter in Nordfrankreich hingewiesen. Der Antrag verlangt, daß jeder Metallarbeiter, der, sei es nur auf Tage oder längere Zeit, in einem anderen Lande arbeiten gehe, „sich an die Gewerkschaften der Ortschaft, wo er tätig sei, anzuschließen" habe. Wie Merrheim in der Begründung anführt, kommen belgische Arbeiter zahlreich nach Nordfrankreich. Sie würden hier, weil billiger und williger, den französischen vorgezogen, die letzteren bei Geschäftsflauheit mehr und eher entlassen, wodurch sich das Verhältnis zwischen den Arbeitern der beiden Nationen sehr zu trüben drohe. Der Antrag fand mit einer Abschwächung Annahme.

Der Kongreß hatte nun Stellung zur Verweigerung der Einreiseerlaubnis der russischen Delegierten durch die schweizerische Regierung zu nehmen. Von der hierzu von dem französischen Delegierten vorgelegten Entschließung wurde nur der Teil, und zwar einstimmig angenommen, der besagt:

Der Kongreß protestiert lebhaft gegen die Verweigerung des Paßvisums an die russische Delegation. Er ist der Meinung, daß solche Maßnahmen im Gegensatz zu den Grundsätzen des Rechtes und der Freiheit sind, die der Kongreß verficht. Er erinert aber auch die russischen Delegierten daran, daß ihre eigene gegenwärtige Regierung sich wiederholt geweigert hat, die Einreisebewilligung an amerikanische Delegierte und an solche des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes zu gewähren.

Es wird nun die Wahl des Sitzes des Metallarbeiterbundes und seines Sekretärs vorgenommen. Da eine Aenderung nicht gewünscht wird, bleibt der Sitz auch weiterhin in Bern, der Sekretär Konrad Ilg. Der letztere dankt für da serneute Vertrauen. Als Entschädigung werden ihm jährlich 2000 Franken zugebilligt. Der Vollzugsausschuß wird, wie bisher, von den Kollegen Brownlie (England), Hansen (Dänemark), Merrheim (Frankreich) und Dißmann (Deutschland) gebildet.

Nach Erledigung noch einiger hier nebensächlicher Dinge ist die Tagesordnung des Kongresses erschöpft. Der Präsident Reichel gedenkt der Bedeutung dieser Tagung und schließt mit einem Hoch auf den Metallarbeiter-Bund. Unter den Klängen der Internationale geht der neunte internationale Metallarbeiterkongreß auseinander.

Die Großeinkaufsgesellschaft und ihre Produktivbetriebe.

In diesem Artikel soll das Geschäftsjahr 1920 der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und ihre Produktivbetriebe eine kurze Behandlung erfahren.

Das Geschäftsjahr 1920 stand zum Teil noch im Zeichen der Zwangswirtschaft. Es ist aber die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß die Warenumsätze ganz wesentlich gestiegen sind. Der Umsatz betrug in seiner Gesamtheit 1 351 224 882.11 Mark. Die Steigerung beträgt gegenüber dem Jahre 1919 283,1 %.

In den eigenen 8 Lägern werden 600 Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt und sollen in nächster Zeit noch eine Reihe weiterer eigene Läger errichtet werden. Die Produktionsbetriebe unserer GEG haben während der ganzen Kriegszeit eine recht bewegte Zeit durchmachen müssen und ist jetzt erfreulich zu konstatieren, daß der Beschäftigungsgrad sich wesentlich gebessert hat. Wenn auch in den ersten Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres 1920 die Zwangswirtschaft für die einzelnen Betriebe noch ganz wesentlich auf die Produktion einwirkte, so hat sich dieser Zustand doch schon am Schlusse des Geschäftsjahres ganz wesentlich gebessert.

In den Zigarrenfabriken Hamburg, Hockenheim und Frankenberg wurden 311 Personen beschäftigt und wurden 13 007 Mill. Rauchwaren im Werte von 10 526 776.00 Mark hergestellt. Die freie Wirtschaft für Tabak ist erst am 1. Juli 1921 wieder eingeführt und war bis zu dieser Zeit die Zwangsbewirtschaftung der Tabakfabrikation gesetzlich geregelt. Das Kontinent für die verschiedenen Zwecke der Tabakverarbeitung betrug damals für die

Zigarrenherstellung	40 %	der Friedensproduktion
Rauchtabakherstellung	75 %	„ „
Kautabakherstellung	75 %	„ „
Schnupftabakherstell.	100 %	„ „

Wenn der Rohtabakmarkt sich allmählich wieder den geltenden Regeln vor dem Kriege angepaßt hat, so ist doch festzustellen, daß infolge unseres schlechten Valutastandes die Tabake ganz außerordentlich hoch im Preise stehen. Um unseren Freunden einmal einige Vergleichspreise zu zeigen, soll hier ein Vergleich zwischen dem Jahre 1917 und 1920 gezogen werden.

	1917	1920
Für Deckblatt wurden bezahlt	6.— Mk.	55.— Mk.
„ Umblatt	5.— „	38.— „
„ Brasil-Einlage	3.50 „	16.50 „
„ Java-Einlage	3.— „	23.50 „
„ Deutsche Einlage . . .	1.90 „	12.50 „

Daraus kann man ersehen, daß an eine Verbilligung der Rauchwaren zunächst noch nicht gedacht werden kann.

In der Kautabakfabrik Nordhausen werden 30 Personen beschäftigt, die im Jahre 1920 für 4 170 954.— Mark Kautabake hergestellt haben. Wenn noch bis zum Abschluß des Geschäftsjahres zum größten Teil deutsche Tabake zur Verwendung gelangten, so ist es jetzt schon wieder möglich, ausschließlich Kentucky-Tabak zu verwerten und ist zu hoffen, daß auch hier der Geschmack wieder auf seine Rechnung kommt. An sonstigen Tabakfabrikaten, Rauchtabak und Schnupftabak, wurden im Berichtsjahre für 13 570 835.— Mk. hergestellt.

Die Zigarettenfabrik produzierte für 3 269 417.— Mk. Zigaretten.

In unsern beiden Seifenfabriken werden 349 Personen beschäftigt, die im Jahre 1920 für 109 584 820.— Mk. Seife herstellten. Diese beiden Seifenfabriken sind in der Lage, die gesamten deutschen Konsumgenossenschaften, die im Zentralverband Deutscher Konsumvereine zusammengeschlossen sind, mit Seifenprodukten zu versehen.

In der Teigwarenfabrik Gröba-Riesa, wo 76 Personen beschäftigt werden, wurden für 3 397 714,— Mk. Teigwaren hergestellt und dürfte auch hier, sobald die Zwangswirtschaft wieder etwas mehr gelockert ist, die Teigwarenproduktion ganz erheblich steigen. Während des Krieges hat unsere Teigwarenfabrik fast ausschließlich für den Heeresbedarf gearbeitet.

In unserer Zündholzfabrik Lauenburg a. Elbe werden 26 Personen beschäftigt und wurden im Jahre 1920 für 7 764 073.— Mk. Zündhölzer hergestellt. Nach dem Bericht, den die Geschäftsleitung der GEG herausgegeben hat, soll die maßlose Steigerung der Holzpreise mit dazu beigetragen, daß die Zündhölzer so enorm im Preise gestiegen sind. So ist z. B. der Festmeter Espenholz, das in der Vorkriegszeit mit etwa 25.— Mk. bezahlt wurde, auf 1000—1200 Mk. gestiegen; Deutsches Pappelholz, das Anfang 1914 mit 15 Mk. pro Festmeter bewertet wurde, auf 600 bis 700 Mk. gestiegen. Hinzu kommen noch die sonstigen Teuerungen an Löhnen, Kohlen, Papier 2c. 2c. Mit der in Aussicht genommenen Zündwarensteuer dürfte auch dieser Artikel eine weitere Verteuerung erfahren.

Die Kistenfabrik Gröba stellte für 4 592 054.— Mark Kisten her, die fast ausschließlich zum Selbstgebrauch angefertigt wurden. Hier wird von den 107 dort beschäftigten Personen in einer Doppelschicht gearbeitet und werden in dieser Fabrik, mit der auch ein Sägewerk verbunden ist, aus demselben Bretter zur Möbelfabrikation, Bauhölzer, Eisenbahnschwellen und ähnliches geliefert.

Unsere Mostrichfabrik in Gröba produzierte für 981 176,— Mk. Produkte. Auch hier war die Produktion noch recht beschränkt, da erst ziemlich am Schlusse des Jahres die Freigabe der Senfsaat erfolgte.

In der Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik in Altona werden 50 Personen beschäftigt, die für 5 568 871 Mk. Zuckerwaren und Schokoladenfabrikate hergestellt haben. Auch hier ist zu bemerken, daß die Zuweisung an Zucker durch die Zwangswirtschaft außerordentlich beeinträchtigt wird.

Die Bürstenfabrik Schönheide beschäftigt 777 Personen mit 2 791 192 Mk. verfertigten Produkten.

Die Holzindustrie Dortmund hatte im Berichtsjahre einen Umsatz von 3 671 484 Mk. und beschäftigt 100 Personen. Hier machte sich besonders die Kohlenknappheit, sowie eine Feuersbrunst, die in dem Betriebe stattgefunden hat, sehr ungünstig bemerkbar, sodaß die Produktion ganz wesentlich beeinflußt wurde.

Die Weberei und Konfektion in Oppach hatte einen Gesamtumsatz von 3 380 484,42 Mk. Hier waren ebenfalls infolge der Zwangswirtschaft im Anfang des Berichtsjahres 10, am Ende des Berichtsjahres erst 30 Webstühle in Betrieb, während 60 Webstühle stillstehen mußten, weil die Rohstoffe hierzu nicht vorhanden waren. Hier werden angefertigt: Bettzeuge, Inletts und Hemdenflanelle.

Die Konfektion besitzt 86 verschiedene Näh- und Spezialmaschinen, wovon am Ende des Geschäftsjahres erst 40 wieder in Betrieb waren; hier werden Männer-, Frauen- und Kinderhemden, Unterröcke und Beinkleider hergestellt.

In den hier aufgeführten eigenen Produktivbetrieben wurden insgesamt für **156 429 449 Mk.** Waren hergestellt. Die in unseren eigenen Betrieben nicht hergestellten Produkte ist unsere GEG gezwungen, um die Genossenschaften beliefern zu können, im freien Handel zu erwerben und ist es unsere Pflicht, dahin zu streben, uns möglichst unabhängig vom Privatkapital zu machen.

Unsere Bankabteilung hatte einen Giroverkehr von rund 1¾ Milliarden. Der Bankeinlagenbestand betrug am Schluß des Geschäftsjahres 117,8 Millionen und wurde an Zinsen ein Gewinn von 4,7 Millionen erzielt. Zum weiteren Ausbau hat unsere GEG eine 5½prozentige Obligationsanleihe herausgegeben, um den Ausbau unserer eigenen Produktivbetriebe möglichst zu fördern.

In dem gesamten Betriebe unserer GEG wurden am Schluß des Berichtsjahres 2427 Personen beschäftigt, wovon 1537 männliche und 890 weibliche waren.

An Gehältern und Löhnen wurden 21¾ Millionen gezahlt.

Für die Angestellten in unserem Betriebe sind Tarifverträge abgeschlossen worden. Außerdem besteht für das gesamte Personal ein besonderer Unterstützungsfonds, ein Pensionsfonds und auch die Kriegsfürsorge war im Berichtsjahre noch in Tätigkeit. Ganz besonders möchten wir noch unsere Abteilung für Feuer- und Einbruchsversicherung hervorheben, die unsern Mitgliedern die Gelegenheit gibt, sich persönlich und sachlich vor Schaden zu schützen.

Das Märchen, das immer seitens unserer Gegner aufgetischt wird, daß die Konsumvereine keine Steuern zahlen, wollen wir mit den im Berichtsjahre gezahlten Steuern zerstören, zahlte doch unsere GEG an Steuern:

Staats-, Gemeinde- und Gewerbesteuern	492 176,04 Mk.
Warenumsatzsteuer	5 124 422,— „
Kriegsgewinnsteuer	588 480,— „
in Sa.:	6 205 078,04 Mk.

Damit glauben wir, ist das Märchen, daß die Konsumvereine keine Steuern zahlen, glänzend widerlegt.

Wir hoffen, daß wir mit Vorstehendem unseren Freunden einmal einen Einblick gegeben haben, daß wir mit unseren eigenen Produktivbetrieben im gemeinwirtschaftlichem Sinne unserer Konsumenten tätig sind und es steht zu hoffen und zu wünschen, daß die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß wir mit unseren Einrichtungen dazu beitragen, eine bessere gesündere Wirtschaft aufzubauen. R. G.

Aus aller Welt.

Ungeheure Explosion in einer schlesischen Ueberlandzentrale. Als in der vergangenen Nacht mehrere Arbeiter in dem großen Kesselhaus der Ueberlandzentrale in Tschechewitz, Kreis Breslau, beschäftigt waren, entstand plötzlich im Kessel 5 eine heftige Rauchentwicklung, der alsbald eine ungeheure Explosion folgte. Gleich darauf stürzten die Pfeiler des Kohlenbunkers ein und schütteten ihren Inhalt, ungefähr 3000 Tonnen, in das Kesselhaus, alles unter sich begrabend. Ein Arbeiter ist schwer verletzt, zwei weitere wurden unter den zusammengestürzten Kesseln begraben. Durch die Wucht der Explosion wurde auch das Dach des angrenzenden Maschinenhauses zum Einsturz gebracht. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festgestellt.

Todessturz eines Ehepaars. Ein Leipziger Ehepaar, das am Freitag mit einem Flugzeug des Rumplerflugzeugverkehrs Berlin—Leipzig—München von Leipzig nach München fuhr, ist in der Nähe von Erding aus 50 Meter Höhe abgestürzt. Der Flugzeugführer und die beiden Passagiere waren sofort tot.

Eine Dampfmühle eingeäschert. Das mit großen Getreide- und Mehlvorräten gefüllte Mühlengebäude der Rheinischen Mühlenwerke Cohen u. Co. am Stapeltorkai in Duisburg ist durch Großfeuer vollständig eingeäschert worden. Ein Arbeiter der aus dem vierten Stockwerk in die Tiefe springen wollte, wurde im letzten Augenblick gerettet. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

1300 Tausendmarkscheine gestohlen. Einbrecher haben aus einem verschlossenen Hotelzimmer in Oels 1300 000 Mark in Tausendmarkscheinen entwendet. Die Diebe sind vermutlich nach Breslau entkommen.

10 Millionen Mark Brandschaden. In der Nacht zum Freitag entstand in der Fabrik von Villeroy u. Boch und im Schloß Mettlach ein riesiger Brand, dem die Fabrikgebäude zum Opfer fielen. Auch das Schloß wurde fast vollständig vernichtet. Der Schaden wird auf annähernd 10 Millionen Mark geschätzt.

Wetterkatastrophe in Süddeutschland. Ein furchtbares Unwetter ging über die Württemberger Grenze und ganz Mittelschwaben mit Hagelschlag nieder. Der Hagel fiel so dicht, daß er stellenweise 30 Zentimeter hoch lag und in Stücken von der Größe einer Walnuß. Hunderte von Fuhrwerken wurden von dem Unwetter überrascht und schwer beschädigt. Zahllose Dächer wurden abgedeckt, Bäume entwurzelt, Telegraphenleitungen zerstört und das Obst auf den Feldern zum größten Teil vernichtet. Auch Menschenleben forderte das Unwetter, fünf Personen wurden getötet. Sämtliche Kartoffel- und Rübenfelder sind wie abrasiert. Während einer halben Stunde herrschte eine solche Dunkelheit, daß man kaum einen halben Meter weit sehen konnte.

Bestialischer Mord. In Eurishofen bei Augsburg wurde an der 17jährigen Lehrerstochter Kappelmayer ein Lustmord verübt. Der als Trunkenbold bekannte Arbeiter und Wirt Angerer lockte das Mädchen in seine Wohnung, betäubte es dort mit einem Schaufelschlag, brachte es in den Keller, vergewaltigte es dort und tötete es hierauf nach heftiger Gegenwehr durch Abschneiden der Kehle. Hierauf raubte er die Barschaft des Mädchens und das mitgebrachte Damenrad. Die Leiche verscharrte er im Walde. Der Täter ist verhaftet und geständig.

Schwere Verheerungen durch eine Windhose. Aus Reichenberg in Böhmen wird gemeldet: Eine Windhose hat in den Hochwaldbeständen des Isergebirges ungeheure Verheerungen angerichtet; über 20 000 Festmeter Holz wurden gebrochen. Auch einige Ortschaften wurden schwer heimgesucht.

Erdbeben am Roten Meer. Nach in Rom eingegangenen Meldungen ereignete sich in Erythraea ein Erdbeben, das namentlich Massaua und seine Umgebung betroffen hat. 4 Personen wurden getötet und etwa 20 verletzt.

Nachruf.

Am 17. August 1921 verschied im Allgemeinen Krankenhause zu Lübeck infolge Unglücksfalles in treuer Pflichterfüllung erlittenen schweren Verletzungen unser Kollege, der Arbeiter (5353

Franz Krakow

zu Lübeck.

Der Verstorbene war uns allen ein lieber Mitarbeiter.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Arbeiterschaft Hochofenwerk Lübeck A.-G.

Wilh. Koesling
Else Koesling
geb. Wigger
Vermählte. (5368
Lübeck, Westhoffstr. 31, I.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur silbernen Hochzeit herzlichen Dank. (5363
Herm. Sob u. Frau.

Maurer
gesucht. (5352
Herm. Kassun
Maurermeister,
Moislinger Allee 55b.

Maurer
stellt ein (5365
Baugeschäft Dinter.
Kontor: Kanalstr. 68.

Gesucht 6 tüchtige
Maurer
zu melden 5361
Schwartauer Honigwerke,
bei Baumann.

Zu vermieten.
Bureauräume, auch passend für Lagerräume oder Werkstatt und ein großer Lagerkeller in der Sandstraße. (5356
Zu erfragen Hansastr. 160.

Aufsatz, passend a. Küchen- oder Ladenschrank, und jg. Hund bill. zu verk.
5337) Alfstraße 38 I.

F. n. Klappsportwag. m. G.
5362) Schützenstr. 56 a, II.

Damenstiefel Gr. 37, z. vk.
5339) Engelswisch 37.

D.-Fack., Gr. 42, s.g.erh., z.vk.
5364) Attendornstr. 46 II.

Ferkel und Zugänger sind billig zu verkaufen
J. Klüwer, (5359
Schwartauer Allee 133.

Kommode ges. Preisang. u. L 8 a. d. Exp. d. B. (5338

Die neuen Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (5345
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10
Mgl. d. R.-Sparv. Lubeca

Kräftige Erdbeerpflanzen empfiehlt
J. Landt,
Gärtnerei,
5348) Lübeck-Moisling.

Freitag und Sonnabend:
Frische Nordseefische.
Seeaal Pfd. 1.20 Mk.
Kabeljau Pfd. 2.50 Mk.
Schellfisch Pfd. 2.50 Mk.
Rotzunge Pfd. 2.50, 3.—
Fischkarbonade billigst.
Joh. Boy,
Markthallenstand 46/47.
5369) Fernruf 8375.

Hausstandslumpen,
Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten Tagespreisen (5249
Cohn,
Fackenburg. Allee 53, Keller.

Anzeigen
für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen
Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

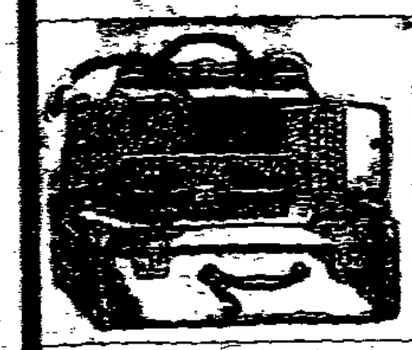
Bremer Zigarren-Fabriken C. Freise
Gegründet 1860 * Bremen * Gegründet 1860
Filiale Lübeck, Holstenstr. 13/15, Fernspr. 8937
Vorteilhafte Bezugsquelle feinster Bremer Qualitäts-Zigarren.

Hotel Stadt Hamburg,
Lübeck.

Weißer Engel
Endstation der Straßenbahn-Linie 1.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.

Uhren-Henke,
Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vorteilh. Bezugsquelle für Uhren, Gold- u. Silberw., sowie Trauringe. Fachm. Ausführung auch schwieriger Repar. in eig. Werkst.

Albert Ziehe,
Hutumpresse-Anstalt,
Fleischhauerstr. 60.


Billige Bezugsquelle in echten Lederwaren, Koffern u. Reiseartikeln
F. Fränkel,
Breite Str. 35 und Holstenstr. 4

Färberei Karstadt & Laurisch
Geniner Straße 46, Telephon 1158.
Chemische Reinigung — Teppichklopfwerk.
Läden: Holstenstraße 14, Beckergrube 31, Breite Straße 85/87, Fackenburger Allee 11 und 72.

F. W. Tietz, Pelzerstr. 24, Fernsprecher 943.
Brennmaterialien * Transporte aller Art.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg

Lübeck ab	Hamburg an	Hamburg ab	Lübeck an
6⁰⁰	7⁴⁰	5³⁰	7⁰⁸
7⁴⁰W	8⁵⁰	2—4 St.	
7⁴⁷	9²¹	7⁰⁵	8⁵¹
2—4 St.		2—4 St.	
9⁴⁰	11⁰⁸	8²⁰	7²¹
11⁰⁵	12³⁰	8²⁰ D	9⁵⁷
2—4 St.		10¹⁷	11⁵⁴
12⁴⁵	2²³	2—4 St.	
2²⁴	3⁴⁵	12²³	1⁵⁶
3⁴⁴	5⁰²	3⁰⁵ W	4¹²
2—4 St.		3³⁰	5¹⁰
4¹⁷	5³⁹	2—4 St.	
2—4 St.		5¹⁵	6¹⁶
7¹⁶	8²⁴	5⁴⁰	7¹⁶
7²²	9⁰⁰	7²²	9⁰⁰
8¹⁵D	9¹⁴	2—4 St.	
8⁵⁵S	10¹⁵	9⁰⁰	10⁴⁶
9²⁰	11⁰²	11⁴⁰	1⁰⁶
2—4 St.			

Büchen

Lübeck ab	Büchen an	Büchen ab	Lübeck an
8⁰⁰	9¹³	6³⁴	7²³
1³⁰	2⁴⁷	11⁴⁵	1⁰⁰
4¹²*	9¹⁵	8⁴⁵*	1²⁹
5³⁰	6⁵²	3²⁷	4⁴²
9¹²	10³¹	7²²	8⁴⁰

* D Berlin-Kiel und zurück.

Kleinen

Lübeck ab	Kleinen an	Kleinen ab	Lübeck an
7¹⁵	8⁵³	5⁵⁰	7²⁵
9²⁶D	10²⁸	9⁰²	10⁵⁷
9⁴²D	10⁴¹	1⁵⁴	3³⁶
12⁰²	1⁴⁴	— D	7¹⁰
5¹⁹	7⁰³	7⁰⁹ D	8⁰⁸
9¹²	10⁵¹	7²⁵	9⁰⁵

Eutin

Lübeck ab	Eutin an	Eutin ab	Lübeck an
7¹⁵	8¹²	6¹⁵	7²²
9⁴⁷*	10⁴⁵	8²⁸	9¹⁸
12¹³	1⁰⁹	12²⁴*	1²¹
1⁴² D	2²⁵	2⁵⁸	3⁵⁸
2⁰⁰	2⁵⁶	3²⁵ D	4¹²
7²¹	8²⁰	7²⁸ S	8⁵⁴
		7⁴⁵	8⁵⁹

* Nur bis auf weiteres.

Segeberg

Lübeck ab	Segeberg an	Segeberg ab	Lübeck an
8⁰⁵W	10⁰²	5⁴⁵W	7⁰⁸
10³⁰S	11⁵³	7⁵⁵S	9²⁰
2¹⁰W	3³⁵	10³²W	11⁵⁵
7³⁰W	8⁵⁵	4¹⁵W	6¹⁵
9²⁰S	10⁴²	7³⁰S	8⁵³

Travemünde

Lübeck ab	Travemünde Stadt an	Travemünde Strand an	Niendorf an
5²⁷W	6⁰¹	—	6²²
8¹⁵	9⁰⁰	—	—
9⁴¹	10⁰⁸	10¹³	10³⁸
1³⁵*	2⁰²	2⁰⁷	2²³
2⁰⁷	2⁴⁷	2⁵²	3¹⁷
4¹⁸	4⁴⁵	4⁴⁵	5¹²
6²²	7⁰¹	7⁰⁶	7³¹
9¹⁵	9⁵⁵	10⁰⁰	—

Niendorf ab	Travemünde Strand ab	Travemünde Stadt ab	Lübeck an
6³⁰W	6⁵⁰	6⁵⁵	7³⁴
11⁰⁰	11²⁵	11³⁰	12¹⁹
1²⁰	1⁴⁰	1⁴⁵	2¹⁷
2⁴⁴*	3⁰⁷	3¹²	3⁵²
3⁴⁵**	4⁰⁸	4¹³	4⁵⁶
5⁵³	6¹⁸	6²³	7⁰⁶
—	7³⁰*	7³⁵	8⁰²
7⁵⁵	8¹⁷	8²²	8⁵⁰
—	10¹⁵	10²⁰	11⁰²

* Nur im Juli und August.
** Travemünde Strand bis Lübeck nur Juni und Sept.

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug.

Glasscheiben aller Art, **Kitt,**
Glasschn., Bilderleisten
Bilder-Einrahmungen,
Oskar Tauchnitz,
Fleischhstr. 35, Tel. 2808.

Konfitüren
Herm. Voss,
Große Burgstraße 43.

Alfons Helle
Dankwartsgrube 40.
Werkstatt f. Holzmalerei und Möbellackierung.

Franz Wehrendt,
Balauerfohr 35, Tel. 3943
An- u. Verk. sämtl. Kleid. Wäsche, Fußzeug, Bett.

Margarete Rabe, Putz- gesch.
Mühlenbrücke 2.

Friedr. Michael
Gartensämereien,
Breite Str. 33, Tel. 2014.

Wolle spinnt und färbt H. BÖSSEL,
nur Hüxstraße 37.

C. G. Torkuhl, Fünfhausen 12. Wäsche, Ausstener- u. Herrenartikel

R. Kössling, Königstr. 121, Tel. 2427. Seilerwar., Ang.-Ger., Fischn.

E. Steen, Wahmstraße 58
Öfen u. Herde,
Buntes Tongeschirr.

Fr. Kempke Königstr. 123
Tel. 3518,
Fahrr. Karbidl., Wringm.

L. Grimm Nachf.
Schuhmacherstraße 6.
Leder — Schäftestepper.
Zubehörartikel. T. 2029.

Br. Drümmer, Packenb. Allee 64,
Fahrrdhdl. u. Rep.-Wkst.

Johannisstr. 14
Pianos
Haufsmann
Stimmen
Reparaturen.

Carl Topp Inh. Gg. Jürß,
Marlesgr. 34,
Antiquitäten-Haus.

Dentist R. Düffer,
Breitestraße 44 II.

Karl Kleinfeld, Bahnhofsstraße 3.
Reiseandenken und Reiselektüre, Papiergeschäft.

Färberei Reimers,
Fischergrube 50.

J. Wulf, Kohlen-, Holz- u. Kartoffelhdlg.
Dornestr. 19-19a. T. 2226.

J. Krause, Inh. O. Krause
Fleischhauerstraße 5. Photo-Artikel.

F. W. Lichtenstein,
Barbier, Gr. Burgstr. 11
Flechten, Haubennetze.

Photo-Atelier Lubeca
Tel. 3121, Breitestr. 13.

Gustav Pütter, Uhrmacher,
Lindenstr. 46, E. Meierstr.

A. Drückhammer, Königstr. 33. Buchbind. Rep. u. Fb. v. Handt.

E. Lüthge, Johannisstr. 43 I,
Damen-Frisier-Salon.

Schwartau

Kurhaus Schwartau, Hotel
und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche Küche * Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause

Waldhalle: Tägl. Konzert
Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

Geertz Hotel, am Riesebusch.
Jed. Sonntag: Konzert.
Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.

Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16
Tel. 1842 :: Kohlen, Koks, Stroh, Häcksel :: Gegründet 1885.

Zigarren, Zigarretten, Rauchtabak in all. Preisl., nur erste Fabrik., **Zigarren-Spezialhaus Georg J. F. Schmidt,** Bahnhofstr. 2, Endstat. der Straßenbahn. * **Marktpavillon:** Schokolade, Konfitüren, Zigarren, Zigaretten, Reiseandenken.

W. Wiencke, Lübeck.
Str. 4, Tel. 2442, Autorep.
Fahrräder, Nähmasch.

Herm. Schwaberow
Zahnpraxis

Anna Martin
Putz- und Modewaren.

Kaffeegarten Schwarz
vorm. Rogall,
Am Riesebusch.

Hotel Kronprinz
Tel. 1257 :: Vereinslokal mit Saal und Kegelbahn

Hotel Lübecker Hof,
am Markt :: Tel. 1066.

Kauft bei den in der Geschäftlichen Rundschau inserierenden Firmen.